

UNTERSUCHUNGEN
ZUR STRAFRECHTSGESETZGEBUNG
DES AUGUSTUS

Hans-Dieter Ziegler

1964

UNTERSUCHUNGEN
ZUR STRAFRECHTSGESETZGEBUNG
DES AUGUSTUS

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt von
Hans-Dieter Ziegler

München 1964

Referent:

Professor Dr. Dr. W. KUNKEL

Correferent:

Professor Dr. E. GERNER

Tag der mündlichen Prüfung: 29. 7. 1964



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einführung	5
Kapitel I: Lex Iulia iudiciorum publicorum	6
Kapitel II: Leges Iuliae de ambitu	20
Kapitel III: Lex Iulia de adulteriis coercendis	23
Kapitel IV: Lex Iulia de annona	26
Kapitel V: Lex Iulia de vi publica et privata	27
Kapitel VI: Lex Iulia maiestatis	30
Kapitel VII: Lex Iulia peculatus et de sacrilegiis et de residuis	33
Anhang (Kap. VIII und IX):	
Kapitel VIII: Lex Pedia de interfectorebus Caesaris	36
Kapitel IX: Lex Iulia de suffragiis in iudiciis	38
Anmerkungen zu Kapitel I	41
Anmerkungen zu Kapitel II	51
Anmerkungen zu Kapitel III	54
Anmerkungen zu Kapitel IV	59
Anmerkungen zu Kapitel V	60
Anmerkungen zu Kapitel VI	63
Anmerkungen zu Kapitel VII	66
Anmerkungen zu Kapitel VIII	69
Anmerkungen zu Kapitel IX	71
Literaturverzeichnis	74

EINFÜHRUNG

Es soll versucht werden, das Strafrechtsprogramm des Augustus darzustellen. Die von Augustus in den Jahren 18 und 17 v. Chr. kraft tribunizischer Gewalt eingeleitete große Reform, die nach Umfang und Anlage auf einen einheitlichen Gesamtplan aufgebaut gewesen sein muß, brachte nicht nur eine Neuregelung der Gerichtsverfassung und des allgemeinen Prozeßrechtes, sondern schuf auch die Mehrzahl der für die weitere Zeit maßgebenden Gesetze über die einzelnen *iudicia publica*. Neben den beiden Quaestionen *de sicariis et veneficis* und *de falsis*, die auf Sullas Gesetzgebung beruhten, waren für alle übrigen ständigen Geschworenengerichte in der Folgezeit *leges Iuliae* die gesetzliche Grundlage. Von diesen gingen mit ziemlicher Sicherheit nur das *Repetundengesetz* und das Gesetz *de modo credendi possidendique in Italia* auf Caesar zurück.

Da das Verfahrensrecht im Vordergrund dieser Arbeit steht, erhebt sie keinen Anspruch auf eine erschöpfende Stellungnahme zu den außerhalb der allgemeinen *leges Iuliae iudiciorum* ergangenen speziellen Gesetzen, wenigstens was deren materiellen Inhalt betrifft.

Auf die im Anhang enthaltene kurze Schilderung der Quaestionenverfahren gegen die Caesarmörder und gegen M. Primus und A. Terentius Varro wurde indes nicht verzichtet, obwohl die in diesem Zusammenhang ergangenen Gesetze, die *lex Pedia* und die *lex de suffragiis in iudiciis*, im System der augusteischen Strafrechtsneuordnung keine Bedeutung haben; denn diese Prozesse sind Beispiele für die gerichtliche Praxis und die politische Wirklichkeit jener Zeit, die man neben den oft spärlichen Nachrichten über den Inhalt der einzelnen Strafgesetze nicht außer acht lassen darf, will man sich ein zutreffendes und anschauliches Bild von der Strafrechtspflege vor den Geschworenengerichten unter Augustus machen.

KAPITEL I:

Lex Iulia iudiciorum publicorum

Im Jahre 17 v. Chr. ergingen die beiden wohl wichtigsten Gesetze der augusteischen Zeit. Es waren die *leges Iuliae iudiciorum publicorum et privatorum*. Sie betrafen die Gerichtsverfassung und das Prozeßrecht, enthielten also allgemeine Regeln über das Verfahren.

Trotz ihres wahrscheinlich großen Umfangs und ihrer grundlegenden Bedeutung für die damalige Zeit sind nur wenige Zitate oder Hinweise auf diese Gesetze überliefert. So verwundert es nicht, daß die unterschiedlichsten Auffassungen zu beiden Gesetzen vertreten worden sind. Man streitet darüber, ob es sich bei ihnen um Gesetze Caesars oder des Augustus handle, fragt sich, wann sie entstanden sein könnten und ist sich auch über die Zweizahl des Gesetzwerkes nicht einig. Auch der Umfang dessen, was sich aus den überkommenen Quellenstellen auf diese *leges Iuliae* zurückführen läßt, insbesondere, welchen Inhalt die Gesetze im einzelnen gehabt haben, ist umstritten ¹⁾.

Das Wesentliche des im folgenden verwerteten Quellenmaterials sei vorab aufgezählt. Dabei wird in Klammern auf die Anmerkungen verwiesen, wo sich die Zitate wörtlich finden.

Unser Wissen über die julischen Gesetze fußt auf zwei summarischen Berichten über Anordnungen des Augustus bei Sueton Aug. 32, 36 (Anm. 4, 8, 12, 13) und bei Dio Cassius LIV, 18 (Anm. 6, 14, 27), die indes die Gesetze als solche nicht nennen.

Dann gibt es eine ganze Reihe von Stellen, die in unterschiedlichen Benennungen die Prozeßgesetze anführen, wobei die allein auf die *lex privatorum* bezüglichen Stellen hier nicht genannt werden:

1. "*leges iudiciariae* (Augusti)": Macrobius, Sat., I, 10, 4 (Anm. 2);
2. "*lex Iulia iudiciorum publicorum*":
 - a) Paul. et Pap., Dig. XXII, 5, 4 (Anm. 88);
 - b) Venuleius Saturninus, Dig. XLVIII, 2, 12, 2 (Anm. 73);
3. "*lex Iulia publicorum*":
 - a) Ulp., De off. praet. tut., fragm. Vat. 197, 198 (Anm. 7);
 - b) Paul., Dig. XLVIII, 2, 3, pr. (Anm. 79);
 - c) Macer, Dig. XLVII, 15, 3, 1 (Anm. 77);
 - d) Ulp., Dig. XLVIII, 19, 32 und Dig. XLIII, 16, 1, 2 (dazu s. S. 28);
4. "*duae (leges) Iuliae*": Gaius IV, 30 (Anm. 9);
5. "*lex Iulia iudiciaria*":
 - a) Modestinus, Dig. XLVIII, 14, 1, 4 (Anm. 5);
 - b) Edicta Aug. ad Cyrenenses V, Z. 117 (Anm. 28);
6. "*lex iudiciorum publicorum*":

- a) Paul., Dig. XXXVIII, 10, 10, pr. (Anm. 88);
- b) Alex. in Cod. IX, 2, 3 (Anm. 90);
- 7. "lex publicorum":
 - a) Pap., Dig. XLVIII, 2, 2, pr. (Anm. 88);
 - b) Pap., Dig. XLVIII, 3, 2, pr. (Anm. 89);
 - c) Ulp., wie Nr. 3 a;
- 8. "lex Iulia":
 - Ascon., in Scaur., S. 18 ed. Stangl (Anm. 21);
- 9. "lex":
 - a) Pap., Dig. XLVIII, 3, 2, 1 (Anm. 89);
 - b) Dioclet. in Cod. IX, 1, 16 (Anm. 74).

Zuerst stellt sich die Frage nach dem Autor der Gesetze. Wie immer bei einer lex Iulia bieten sich Caesar oder Augustus als deren Urheber an. Tiberius, an den an und für sich auch zu denken wäre, kommt als Autor nicht in Betracht, da die Gesetze vor dem Jahre 4 v. Chr. erlassen wurden, s. unten S. 11. Die genaue Prüfung des Quellenmaterials läßt indessen Caesar als Gesetzesverfasser ausscheiden und weist auf Augustus als Autor:

In einer Macrobius-Stelle wird Augustus als Autor der *leges iudiciorum* bezeichnet, die einzige Quelle, die eine solche direkte Verknüpfung der Gesetze mit dem Namen des Augustus enthält ²⁾. Nach Macrobius, der sich auf Flavius Mallius Theodorus bezieht, bestimmte Augustus in seinen *Iudiciargesetzen* für das Fest der Saturnalia drei Tage, an denen auch die Gerichte nicht tagten. In einer damit zusammenhängenden Stelle spricht Macrobius davon, daß diese Regelung durch ein Edikt des Augustus eingeführt worden sei ³⁾. Da Macrobius sich hier nicht eingehender mit der Sache befaßt und auch nicht seine Quelle zitiert, dürfte der ersten Stelle der Vorzug zu geben sein und das Wort *edictum* in der zweiten nicht technisch gemeint, jedenfalls aber ohne besonderes Abwägen des Macrobius gebraucht sein. Eine Abschwächung der Aussage des genannten Zitats aufgrund des zweiten ist somit nicht angebracht.

Die Unterstellung schließlich, daß es sich im ersten Zitat nicht um die umfassenden *leges Iuliae* der übrigen Quellen, sondern vielleicht um unter dem gleichen Namen zitierte, ergänzende Vorschriften des Augustus handele, hätte schon den ersten Anschein gegen sich und müßte, da alles weitere Quellenmaterial diese Vermutung nicht stützt, sondern ebenfalls auf Augustus als Autor der beiden Gesetze hinweist, als nicht haltbar zurückgewiesen werden.

Der Bericht des Macrobius, Augustus habe sich in den Prozeßgesetzen mit der Regelung der Gerichtszeit im Hinblick auf die Saturnalia befaßt, findet seine Bestätigung und Ergänzung in dem Hinweis Suetons auf die weitere Tätigkeit des Augustus auf dem Gebiet des *rerum actus*, wenngleich die *leges Iuliae* hier nicht genannt sind. Nach Sueton beschleunigte Augustus die Erledigung von Straf- und

Zivilsachen - er spricht von *maleficium* und *negotium* - durch die Verlängerung der Gerichtszeit um 30 Tage, die vorher wegen der Honorarspiele fortgefallen waren ⁴⁾. Ferner wurde bestimmt, daß in jährlichem Wechsel eine *Decurie* ihre Tätigkeit aussetzte und in den Monaten November und Dezember, von bestimmten Sachen abgesehen, nichts verhandelt wurde.

Hier wäre der Einwand, daß sich diese Regelungen nicht unbedingt in den *leges Iuliae iudiciariae* gefunden zu haben brauchen, bei isolierter Betrachtung der Stelle denkbar, indes schon nach einem Vergleich mit dem *Macrobiuszitat* nicht mehr naheliegend. Doch würden Zweifel durch die weiteren Belege für die Urheberschaft des Augustus an den *leges Iuliae iudiciariae* ausgeräumt:

Da sind zuerst zwei einander ergänzende Bestimmungen für das Strafverfahren, wie sie mit der größten Wahrscheinlichkeit nur in einem Gesetz getroffen werden. Nach *Modestin* ⁵⁾ verbot die *lex Iulia iudiciaria* Angeklagten wie Ankläger, das Haus eines Richters zu betreten, nach *Dio* ⁶⁾ verbot Augustus den Richtern solche Besuche. Waren aber beide Bestimmungen Inhalt eines einzigen Gesetzes - und die Wechselbezüglichkeit der Regelungen spricht dafür - so war Augustus dessen Autor.

Ähnliche Gegenüberstellungen, die die gleiche Schlußfolgerung zulassen, bieten sich an, wenn man die Texte ins Auge faßt, die die Regelung der Befähigung zum Richteramt - beziehungsweise der Freistellung hiervon - durch julische Gesetze bezeugen ⁷⁾, und diese Stellen mit der Nachricht des *Sueton* vergleicht, die von solcher Regelung durch Augustus spricht ⁸⁾.

Wir wissen auch, daß einerseits zwei julische Gesetze die *legis actiones* endgültig abschafften, wovon nur zwei Ausnahmen gemacht wurden: die Klage vor dem *Centumviralgericht* und die Klage wegen *damnum infectum* ⁹⁾. Man muß aber weiter folgern, daß von eben diesen julischen Gesetzen auch hinsichtlich einer weiteren *legis actio*, die wir heute als Akt der freiwilligen Gerichtsbarkeit klassifizieren würden, eine Ausnahme gemacht worden ist, weil jene sonst in der Folgezeit nicht mehr möglich gewesen wäre, sie aber trotzdem noch bezeugt wird; es handelt sich um die *manumissio* von Unfreien unter Auflegung der *vindicta*. *Gaius* wird sie nicht genannt haben, weil er nur von den in echtem Sinne streitigen *Legisactionen* spricht ¹⁰⁾.

Auf der anderen Seite aber ist bezeugt, daß gerade Augustus sich mit der letztgenannten *Legisactio* näher befaßt hat ¹¹⁾. Woraus sich mit einiger Wahrscheinlichkeit folgern läßt, daß es auch Augustus war, der sie überhaupt in ihrem Bestand erhielt und auch die soeben angeführten Regelungen des *Legisactionensystems* in den julischen Gesetzen auf ihn zurückgehen müssen. Bestärkt wird man in dieser Vermutung durch die Bemerkung *Suetons* ¹²⁾, der berichtet, daß Augustus die Leitung des *Centumviralgerichtshofes*, die vorher in den Händen von ehemaligen *Quaestoren* lag, den *Decemviri stlitibus iudicandis* übertrug, eine Neuerung.

die mit der von Gaius bezeugten Erhaltung dieses Gerichts und seinem überkommenen Verfahren durch die julischen Gesetze zusammengefallen sein kann, zumindest aber den Autor beider Bestimmungen in einer Person vermuten läßt: der des Augustus.

Das auf die dargelegte Weise gefundene Ergebnis wird durch einen zusammenfassenden Vergleich aller Quellen, die von einer Tätigkeit des Augustus auf dem Gebiet des Gerichtsverfassungsrechts berichten, mit den Stellen, die von einem ebensolchen Wirken des Caesar sprechen, bestätigt. Das auf Augustus hinweisende Quellenmaterial ist weitaus umfangreicher. Bei der Betrachtung beider Quellengruppen kann man natürlich die Möglichkeit nicht ausschließen, daß sich die eine oder andere Regelung auch in einem speziellen Gesetz oder gar in einem Senatsbeschluß gefunden haben mag, doch ist eine solche Einschränkung für beide in Frage stehenden Gesetzgeber zu machen, so daß derartige Abstriche an den überkommenen Quellen, sollten sie notwendig sein, hier außer acht gelassen werden können.

Von Augustus berichtet Sueton im 32. Kapitel seines Werkes "De vita Caesarum" ¹³⁾;

- a) Augustus verlängert die Gerichtszeit um 30 Tage,
 - b) er erhöht die Anzahl der Richterdecurien auf vier,
 - c) er regelt das Richteralter,
 - d) er trifft eine Ferienordnung unter den Decurien,
- und im 36. Kapitel:
- e) Augustus setzt die Decemviri an die Spitze des Centumviralgerichts.

Aus dem Buch 54 des Dio Cassius ist zu entnehmen ¹⁴⁾;

- a) Augustus schränkt die Honorare der Gerichtsredner ein,
- b) er ordnet ein Besuchsverbot für Richter an.

Weiter sind anzuführen ¹⁵⁾:

- a) das Pauluszitat über die Freilassung von Sklaven,
- b) die Macrobiuszitate über den rerum actus.

Ein schwaches Argument liefert hier eine Stelle aus dem augusteischen Edikt 'de aquaed. Venafrano' ¹⁶⁾, weil dort auf eine lex verwiesen wird, die, betrachtet man die Stelle isoliert, Augustus nicht unbedingt erlassen zu haben braucht.

Von Caesar kommen in diesem Zusammenhang ernstlich ¹⁷⁾ nur zwei Stellen in Betracht ¹⁸⁾:

- a) ein Suetonzitat über den Ausschluß der Aerartribunen vom Richteramt, in dem gleichlautenden Bericht des Dio Cassius für das Jahr 46 bezeugt,
- b) ein Suetonzitat über die Schärfung der Strafbestimmungen, insbesondere durch Vermögenseinziehung bei Verbannung.

In das bisher gewonnene Bild fügen sich auch weitere Beobachtungen widerspruchsfrei ein. Sie lassen den Schluß zu, daß die *leges Iuliae de iudiciis publicis et privatis* auch rein zeitlich nicht in die Epoche Caesars fallen können, weil in diesen zum einen auf andere gesetzliche Regelungen angespielt wird, die erst unter Augustus vorhanden waren, zum anderen noch für die Zeit nach Caesar Dinge berichtet sind, die durch die julischen Gesetze abgeschafft wurden.

Letzteres ist für die *legis actio per manus iniunctionem* bezeugt. Wie wir aus Gaius IV 30, 31 wissen, wurden alle *Legisactionen* durch die julischen Gesetze beseitigt, mit zwei Ausnahmen, unter die die *legis actio per manus iniunctionem* nicht fällt¹⁹⁾. Diese ist aber noch in der *lex Coloniae Genetivae* enthalten, einem Gesetz, das im Jahre 44 nach Caesars Tod erlassen wurde²⁰⁾.

In diesem Zusammenhang ist auch der Bericht des Asconius zu erwähnen, dem man entnehmen muß, daß die von ihm genannte *lex Iulia* erst nach den Bürgerkriegen die auf zwölf angeschwollene Zahl der Verteidiger auf ein erträgliches Maß zurückführte²¹⁾.

Ist die Entstehungszeit der Gesetze in der angeführten Weise auf die Zeit des Augustus schlechthin begrenzt worden, so ergeben drei weitere Belege Anhaltspunkte dafür, daß Augustus das Gesetzeswerk nach dem Jahre 18, mit größter Wahrscheinlichkeit im Jahre 17 vollendete.

Die bereits erwähnte Erörterung Ulpians zu der Frage, ob der Vater dreier Kinder die ihm angetragene Übernahme einer *tutela* abschlagen könne²²⁾, baut auf einem Analogieschluß zu der entsprechenden Regelung ähnlicher Fragen in den Gesetzen *de maritandis ordinibus* und der julischen Prozeßgesetze auf. Dabei spricht die Aufeinanderfolge der beiden Gesetze in der Argumentation Ulpianers nennt erst das Ehe-, dann die Prozeßgesetze - dafür, daß diese Gesetze auch zeitlich in dieser Reihenfolge ergangen sein dürften. Es ist sogar die Vermutung möglich, daß diese Reihenfolge auch deshalb gewählt wurde, weil die Prozeßgesetze in dieser Frage auf die Regelung des Ehegesetzes zurückgriffen. Nun ist aber die *lex Iulia de maritandis ordinibus* im Jahre 18 erlassen worden²³⁾, die *leges Iuliae iudiciorum publicorum et privatorum* müßten also später entstanden sein.

Der gleiche Schluß ist aus dem Verweis auf die *lex ambitus*, der sich nach Modestin in der *lex Iulia iudiciaria* gefunden hat²⁴⁾, zu ziehen; denn die *lex ambitus* erging - jedenfalls in ihrer grundlegenden Fassung²⁵⁾ - im Jahre 18.

Schon oben wurde dargelegt, daß sich eine zu dem eben erwähnten Modestinzitat parallele Stelle, die sich mit dem Besuchsverbot für Richter befaßt, bei Dio Cassius findet. Beide Regelungen fänden sich in einem Gesetz²⁶⁾.

Nun bezieht sich der Bericht des Dio aber auf das Jahr 17²⁷⁾. Man muß also das Jahr 17 als Entstehungsjahr für die julischen Prozeßgesetze annehmen.

Ganz sicher indes wissen wir nur, daß die Gesetze vor dem Jahre 4 v. Chr. erlassen wurden, weil das *Senatusconsultum* zu Edikt V der Kyrenischen Edikte auf die *lex Iulia iudiciaria* verweist²⁸⁾.

Auch Zweifel an der Zweizahl des Gesetzeswerkes dürften ausgeschlossen sein²⁹⁾. Macrobius und Gaius sprechen im Plural von den *leges Iuliae*, Ulpian zitiert sogar unterschiedliche Kapitelzahlen der *leges de iudiciis publicis et privatis* zur Frage der Befreiung vom Richteramt³⁰⁾. Gerade auch aus letzterer Quelle ist die Vermutung widerlegt, es könne sich immerhin um zwei Partien eines einzigen Gesetzes gehandelt haben³¹⁾.

Die Annahme Wlassaks³²⁾ schließlich, es müsse sich um eine *lex de iudiciis publicis* und zwei *leges* über den Privatprozeß, eine für Rom und eine für die übrigen Bürgerstädte, gehandelt haben, steht im Widerspruch zu dem klaren Wortlaut der soeben angeführten Stellen.

Insbesondere spricht Gaius von den julischen Gesetzen schlechthin. Es ist nicht ersichtlich, daß er nur von *leges de iudiciis privatis* handle. Außerdem hätte Gaius dann in IV, 104 auch von zwei zivilen Prozeßgesetzen sprechen müssen und hätte sich nicht auf seine Ausführungen über den Rechtszustand aufgrund der einen *lex* beschränken dürfen³³⁾.

Auf diese gewagte Konstruktion ist Wlassak wohl auch nur deshalb verfallen, weil er sich beim damaligen Stand der Forschung nicht zu erklären vermochte, wie Gaius berichten konnte, die *Legisactionen* seien durch die beiden julischen Gesetze abgeschafft worden; nahm man doch allgemein an, daß das Strafprozeßgesetz, da im Strafverfahren *Legisactionen* sowieso nicht üblich gewesen wären, solche auch nicht habe abschaffen können. Diese unangefochtene Meinung ließ es noch Girard schwerfallen, das Gaiuszitat IV, 30 zu begreifen. Er erklärte sich das Ganze als unpräzise Ausdrucksweise des Gaius. Gaius habe, da man die julischen Gesetze immer in einem Atemzug zu nennen gewohnt war, beide Gesetze zitiert, obwohl ihm klar war, daß die von ihm zu belegende Regelung sich nur in einem der Gesetze gefunden habe³⁴⁾.

Nach den Untersuchungen Kunkels über das frühe römische Strafrecht³⁵⁾ gab es aber ohne Zweifel bis hinab auf Sulla ein *privates* Strafklageverfahren vor einer Geschworenenbank in der Form einer *legis actio sacramento*. Mit großer Wahrscheinlichkeit blieb es bei dieser Regel für *adulterium* und *stuprum* sogar noch über Sulla hinaus³⁶⁾, so daß es tatsächlich erst Augustus gewesen sein kann, der das private Strafklageverfahren endgültig in aller Form abschaffte; in der *lex Iulia de iudiciis publicis*, ganz entsprechend dem Zeugnis des Gaius.

Der Inhalt der *lex Iulia iudiciorum publicorum* läßt sich aufgrund des beschränkten Quellenmaterials nur andeutungsweise rekonstruieren.

Die Belege kann man in vier Gruppen aufgliedern:

- a) solche, die die Prozeßzeit betreffen,
- b) solche, die sich auf die Bildung der Geschworenenbank und auf das Richteramt beziehen,
- c) solche, die sich mit der Anklage befassen,
- d) solche, die die Verteidigung regeln.

Zu a):

1. Die Saturnalien, die eigentlich nur auf den 17. Dezember beschränkt waren, aber nach der Sitte der Zeit auf sieben Tage ausgedehnt worden waren ³⁷⁾, wurden auf drei Tage zurückgeführt, an denen die Tätigkeit der Gerichte ruhte ³⁸⁾. Da Macrobius von den *leges Iuliae* spricht, galt diese Regelung für Zivil- und Strafverfahren.

2. Dreißig Tage wurden der Gerichtszeit durch Kürzung der Honorarspiele insgesamt zugeschlagen, wie Sueton berichtet ³⁹⁾. Auch diese Regel galt für Zivil- wie Strafsachen - Sueton spricht von *maleficium* und *negotium* - und man wird nicht fehlgehen, wenn man sie als die generelle Maßnahme des Augustus zur Erweiterung der Gerichtszeit durch Kürzung von überdehnten Festzeiten ansieht, von der Macrobius unter ausdrücklicher Nennung der *leges Iuliae iudiciariae* nur im Hinblick auf die Saturnalien berichtet. Damit dürften Zweifel daran, daß sich die Suetonstelle nicht auch auf die hier abgehandelten Gesetze bezöge, ausgeschlossen sein.

3. Nicht so sicher ist indes, ob sich die von Sueton anschließend mitgeteilte Ferienregelung ⁴⁰⁾ - Gerichtsferien in den Monaten November und Dezember - auch in den umfassenden julischen Iudiciargesetzen gefunden hat oder aber einem späteren Gesetz entnommen ist. Das letztere scheint zunächst das wahrscheinlichere, wenn man bedenkt, daß sich andernfalls eine eingehende Regelung der Gerichtsferien während des Saturnalienfestes, das im Dezember lag, erübrigt hätte, wenn im gleichen Gesetz für November und Dezember generell Gerichtsferien angeordnet worden wären. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die Saturnalien auch später noch von Bedeutung waren ⁴¹⁾, als die Ferien für die Monate November und Dezember längst bestimmt waren. Beide Regeln müssen also nebeneinander Bestand und ihren Sinn gehabt haben und können daher auch in einem Gesetz enthalten gewesen sein.

Die Lösung wird darin liegen, daß während der Saturnalien schlechthin der gesamte Gerichtsbetrieb ruhte, während die Monate November und Dezember nur bestimmte Sachen von der Verhandlung ausschlossen. So heißt es auch bei Sueton, daß ' *solitae agi res ommitterentur* '. Welche Angelegenheiten darunterfielen, wissen wir nicht. Girard vermutet, daß Strafsachen und Zivilsachen im *Stadium apud iudicem* nicht bearbeitet wurden ⁴²⁾.

4. Man kann ebenfalls nicht mit Sicherheit sagen, daß sich die von Sueton in der gleichen Stelle ⁴³⁾ mitgeteilten Richterferien, die Augustus den einzelnen Decurien in jährlichem Wechsel zubilligte, im hier besprochenen Gesetz festgelegt wurden, obwohl der Sachzusammenhang mit den übrigen genannten Bestimmungen sehr dafür spricht.

Zu b):

1. Sicherlich fand sich die Erweiterung der allgemeinen Richterliste um eine Decurie ⁴⁴⁾ in der *lex Iulia de iudiciis publicis*. Die der Senatorendecurie und den beiden Ritterdecurien, deren Mitglieder einen Mindestzensus von 400 000 Sesterzien aufwiesen, hinzugefügte vierte Decurie bestand aus den *ducenarii*, das heißt, ihre Mitglieder hatten einen Mindestzensus von 200 000 Sesterzien. Diese durften nur in Prozessen mitwirken, die mit einer Verurteilung zu kleineren Geldstrafen endeten.

Daß die gesamte Liste nur für *iudicia publica* galt, dürfte kaum noch zu bezweifeln sein ⁴⁵⁾.

Jede Decurie umfaßte 1000 Mann ⁴⁶⁾, ob der volle Bestand erreicht wurde, bleibt offen. Sollte die genannte Zahl erreicht werden, so mußte selbst die Senatorendecurie durch Ritter ergänzt werden, da der Senat unter Augustus 600 Mitglieder umfaßte ^{46a)}.

Die Ergänzung der allgemeinen Richterliste erfolgte nicht mehr wie unter der *lex Aurelia* durch die *Praetoren* ⁴⁷⁾, sondern durch den *Princeps* ⁴⁸⁾, der vor Übernahme dieses Geschäfts die Aufgabe einmal durch eine Dreierkommission mit zensorischer Befugnis hatte erledigen lassen ⁴⁹⁾. Eine Bestimmung, die sich in diesem Zusammenhang auf das Gesetz zurückführen läßt, ist die, daß die Geschworenenlisten jährlich nur ergänzt wurden, die einmal Gewählten aber ihr Amt grundsätzlich zeitlich unbegrenzt innehatten. Dies ergibt sich aus dem Begriff der '*annua vacatio*' in Sueton, *Aug.*, 32, 4. Doch wird diese Regelung keine Neuerung bedeutet haben.

Wie aus der allgemeinen Richterliste die für die einzelnen Quaestionen gültigen Sonderlisten gewonnen wurden, ist nicht bekannt.

Daß sich das julische Gesetz *de iudiciis publicis* auch mit der Zusammenstellung des Richterkollegiums für den einzelnen Prozeß durch *sortitio* und *relectio* befaßt haben kann, ergibt ein Vergleich mit der Bestimmung im *Edict. Aug. de aquaed. Venafrano*, Z. 68, nach der das Parallelgesetz *de iudiciis privatis* die *reciperatorum relectio* regelte ⁵⁰⁾. Es liegt nahe, für die *lex Iulia iudiciorum publicorum* entsprechende Bestimmungen zu vermuten. Dies glaubte schon Steinwenter ⁵¹⁾; von Premierstein ⁵²⁾ schließt sich dem an und hält entsprechende Regelungen des Gesetzes für die unmittelbare Vorlage von Bestimmungen im Edikt von Kyrene ⁵³⁾. Für die Richtigkeit dieses Gedankens spricht, daß die für Kyrene auf 45 festgesetzte Mindestzahl der Geschworenen auch für den Kapital-

prozeß in Rom galt ⁵⁴⁾.

Die Zahl der die Richterbank bildenden Geschworenen scheint somit von Augustus verringert worden zu sein, für die vorangehende Zeit jedenfalls dürften zwei Systeme mit höherer Kopfzahl - 51 bzw. 75 Geschworene - nebeneinander bestanden haben ⁵⁵⁾. Man kann davon ausgehen, daß in Rom - hier allerdings aus der für die einzelne Quaestio erstellten Sonderliste - wie in Kyrene für den einzelnen Prozeß zuerst 50 Richter durch sortitio ermittelt wurden, und daß man dann durch relectio fünf dieser Richter ausschied; drei Richter durften vom Angeklagten, zwei vom Ankläger abgelehnt werden.

Wenn man bedenkt, daß in Rom für Kapitalprozesse drei Decurien zur Verfügung standen und daß eine dieser Decurien jährlich beurlaubt war, wenn man ferner die naheliegende Möglichkeit unterstellt, daß sowohl in den Sonderlisten für die einzelnen Quaestionen wie in der durch sortitio hieraus ermittelten Geschworenenzahl für den Einzelprozeß jeweils die Hälfte der Richter aus einer dieser Decurien stammen mußte, dann erscheint die durch sortitio zu ermittelnde Ausgangszahl von 50 Richtern für den Einzelprozeß naheliegend. Denn sie ist durch zwei teilbar, so daß aus jeder Decurie 25 Richter gestellt wurden. Es soll bei alledem indes nicht verkannt werden, daß diese Überlegung, die von der anteilmäßigen Beteiligung der Decurien an den Sonderlisten und den ausgelosten Geschworenenbanken ausgeht, nicht durch Quellenbelege abgesichert werden kann. Ihr steht entgegen, daß die festgesetzten Sollzahlen für die Decurien wie für die Sonderlisten tatsächlich zumeist nicht erreicht wurden, weil ein Teil der Mitglieder durch Ämter, Krankheit und andere Hinderungsgründe ausfiel. Unter solchen Umständen mag die anteilmäßige Ermittlung der Richter nur unter größten Schwierigkeiten zustandegekommen sein, wenn sie nicht sogar hieran scheiterte.

Für die im Edikt von Kyrene getroffene Regelung der relectio findet sich, soweit in ihr dem Angeklagten ein Ablehnungsrecht eingeräumt wurde, das es ihm gestattete, drei der ausgelosten Geschworenen zurückzuweisen, eine Parallele im stadtrömischen Verfahren der voraugusteischen Zeit. Cicero geht in Cic., Verr. act. II 2, 77 ^{55a)} auf das beschränkte Recht der relectio iudicis der nicht-senatorischen Bürger ein, das nicht genügend Schutz gegen einen Verres biete, und nennt dabei die Zahl der dem Angeklagten möglichen Ablehnungen mit drei. Diese überkommene Zahl dürfte Augustus übernommen haben. Die Frage, ob Augustus das aus der Cicerostelle zu folgernde weitergehende Ablehnungsrecht der senatorischen Angeklagten als Privileg der Senatoren in seine Gerichtsordnung aufgenommen hat, läßt sich nicht beantworten.

Nichts zu tun mit dem Prozeßgesetz hat eine Anordnung des Augustus bezüglich der iudicia publica und sortitiones auf dem Forum ⁵⁶⁾, die Haenel mit den leges iudiciariae in Verbindung bringen will ⁵⁷⁾.

Über die Möglichkeit schließlich, daß es gerade die *lex Iulia iudiciorum publicorum* war, die für die Folgezeit den Vorsitz in den *quaestiones perpetuae* unter Ausschaltung der *iudices quaestionis* allein den Praetoren übertrug, siehe Kunkel, 'quaestio', RE XXIV, S. 775; es gibt keinen sicheren Anhalt dafür, daß der zuletzt unter Augustus mehrfach bezeugte Vorsitz von *iudices quaestionis* zeitlich vor dem genannten Gesetz gelegen hat.

2. Das Richteralter wurde von Augustus auf 25 Jahre festgesetzt. Die Quelle spricht zwar von 30 Jahren ⁵⁸⁾, aber man wird XXX in XXV verbessern müssen, weil ein Richteralter von 30 Jahren nicht, wie Sueton bemerkt, fünf Jahre niedriger war als das bis dahin übliche. Üblich war nämlich ein Alter von 30 Jahren schon seit der *Lex Acilia repetundarum* ⁵⁹⁾. Das Alter von 25 Jahren ist auch in der Folgezeit immer das gewesen, das den Zugang zu öffentlichen Ämtern - und das Richteramt zählte hierzu ⁶⁰⁾ - eröffnete ⁶¹⁾. Während Rudorff, Wlassak, Rotondi und Girard der hier vertretenen Ansicht zustimmen ⁶²⁾, hält sich Mommsen eng an den überlieferten Text, räumt aber die Möglichkeit seiner Verfälschung ein ⁶³⁾.

Da aber das erste der in Kyrene gefundenen Edikte des Augustus in Zeile 16 für diese Provinz auch das Mindestalter von 25 Jahren für das Richteramt bestimmt ⁶⁴⁾, muß man auch hieraus auf die Richtigkeit der Annahme schließen, daß in Rom gleiches gegolten habe. Sehr gesucht wirkt hier die Argumentation von Premiersteins ⁶⁵⁾, der die Zahl 30 im Suetontext als richtig überliefert ansieht; Sueton handle vom Normalmindestalter der Richter, 25 dagegen sei das gesetzliche Mindestalter. Während man in Rom auf eine genügend große Zahl Älterer habe zurückgreifen können, habe man in Kyrene auch jüngere Männer bis hinab auf das 25. Lebensjahr zum Richteramt herangezogen.

Unzutreffend dürfte auch die Annahme Voigts sein, der ein Richteralter von in der Regel 20 Jahren annimmt ⁶⁶⁾. Das widerspricht den angeführten Argumenten, auch ist eine Korrektur von XXX in XXV eher angebracht als die von XXX in XX, bei der ein Schriftzeichen ausfällt. Die in der von Voigt angeführten Stelle Callistratus, Dig. IV, 8, 41 ⁶⁷⁾ genannte Altersgrenze von 20 Jahren könnte sich in der *lex Iulia de iudiciis privatis* gefunden haben; da die Richter in Zivilprozessen offenbar nicht den Decurien entnommen wurden (oben S. 18), vielmehr von den Parteien vorgeschlagen zu werden pflegten, erscheint dies denkbar.

3. Eine weitere einschlägige Bestimmung des Gesetzes ist die der Befreiung vom Richteramt für den Vater von drei lebenden Kindern, die Ulpian zum Ausgangspunkt seiner Stellungnahme zu der Frage nimmt, ob hinsichtlich der *tutela* gleiches gelten müsse ⁶⁸⁾.

4. Schließlich wird den Richtern verboten, ein fremdes Haus zu betreten ⁶⁹⁾. Nach dem Wortlaut der Quelle bezöge sich dieses Verbot auf den durch Los be-

stimmten (δικάζειν λαγχάνουσιν) Richter und gelte für ein Jahr (τὸν ἐνιαυτὸν ἐκεῖνον).

Wie oben dargelegt, wurden die allgemeinen Richterlisten durch den Princeps aufgestellt. Sie galten länger als ein Jahr. Aus den aus dieser Liste gewonnenen Sonderlisten für die verschiedenen Quaestionen wurden dann durch Auslosung die Richter für das einzelne Verfahren bestimmt. Dio Cassius wird also von solchen an einem bestimmten Verfahren Beteiligten berichten ⁷⁰). Die etwas überdehnte anmutende Frist von einem vollen Jahr, in dem der Betroffene von jeglichem gesellschaftlichen Kontakt ausgeschlossen ist, wird sich in dieser Weise kaum in der augusteischen Gesetzgebung gefunden haben. Die Vermutung Girards ⁷¹), es könne sich hier um die Klarstellung handeln, daß das Verbot nur während der Sitzungsperioden, nicht aber während der Gerichtsferien durchgreifen sollte, hat wenig für sich: wenn ein Prozeß durch einige Feiertage unterbrochen wurde, wäre die Gefahr einer Richterbeeinflussung während dieser Zeit zu groß, als daß man auf das Besuchsverbot, wollte man es konsequent verwirklichen, hätte verzichten können. Eigenartig berührt ferner, daß die von Dio berichtete Bestimmung nicht nur den Besuch von unmittelbar am Prozeß Beteiligten, sondern jegliches Aufsuchen anderer untersagt, eine sehr strenge Regel, zumal der Richter gegen die Beeinflussung durch Dritte in seinem eigenen Hause nicht entsprechend abgesichert war: Modestin berichtet insofern nur von den am Prozeß Beteiligten ⁷²). So liegt die Vermutung nahe, daß der Bericht des Modestin der allein zutreffende sei. Es handelte sich also wahrscheinlich nicht um ein Verbot für die Richter, sondern für die Parteien des Prozesses.

Zu c):

Vier die Anklage betreffende Bestimmungen der lex Julia de iudiciis publicis sind überliefert:

1. Es darf von einer Person zur gleichen Zeit nur eine Anklage erhoben werden; es sei denn, der Ankläger handle suarum iniuriarum causa. So jedenfalls nach dem Wortlaut der Quelle ⁷³). Indes waren mit Wahrscheinlichkeit zwei gleichzeitige Anklagen zulässig, und der Text ist insoweit verändert überkommen.

Denn drei Stellen begrenzen die zulässige Zahl der Anklagen auf grundsätzlich zwei ⁷⁴), wobei die zuletztgenannte sogar mit den Worten contra legis praescripta auf das julische Gesetz Bezug nehmen mag. Mommsen will in diesem Sinne das Venuleius-Zitat durch Einfügung des Wortes plus zwischen de und duobus verbessern, Girard schließt sich dem an ⁷⁵). Das dürfte das Richtige treffen. Demgegenüber halten sich Zumpt und Voigt an den Wortlaut der Venuleius-Stelle ⁷⁶). Dabei übersieht Voigt die anderslautenden Belege bis auf die Stelle von Macer. An dieser nimmt er keinen Anstoß, sondern legt sie anscheinend in dem Sinne aus, daß für den, der zwei Anklagen einbrächte, ein Klageverbot bestünde. Das widerspricht dem Wortlaut der Stelle. Dort heißt es vielmehr,

wer (schon) zwei iudicia gegen zwei Angeklagte unterzeichnet habe, sei gehindert anzuklagen; man muß doch wohl sinnvoll ergänzen: ein drittes Mal.

2. Der Beschuldigte konnte aufgrund der lex Iulia iudiciorum publicorum dem Antrag des Anklägers auf Zulassung der Anklage den Einwand entgegenhalten, er sei schon von einem andern wegen des gleichen Delikts belangt und freigesprochen worden. Dann mußte erst darüber entschieden werden, ob der erste Ankläger sich etwa eine praevaricatio hatte zuschuldenkommen lassen, bevor die zweite Strafklage, bei Bejahung dieser Vorfrage, zugelassen wurde ⁷⁷⁾. Das Ganze ist eine begrenzte Anwendung des heutigen Grundsatzes des Verbrauchs der Strafklage - ne bis in idem -, begrenzt insofern als der Einwand nur bei früherem Freispruch und unter der weiteren Voraussetzung durchgriff, daß dieser Freispruch nicht durch das einverständliche Zusammenwirken von Ankläger und Angeklagtem, die praevaricatio ⁷⁸⁾ erwirkt worden war.

3. Ferner enthielt die lex Iulia Bestimmungen über die Protokollierung der Anklageerhebung. Ort, Tätername und Monat der Tatbegehung waren anzugeben ⁷⁹⁾.

4. Der Ankläger durfte das Haus eines Richters nicht betreten, sonst verstieß er gegen die lex Iulia ambitus, auf die das Prozeßgesetz verwies ⁸⁰⁾.

Weitere die Anklage betreffende Bestimmungen lassen sich nicht mit Sicherheit auf die lex Iulia iudiciorum publicorum zurückführen. Insbesondere wird es nicht möglich sein, aus dem beispielhaften Katalog der Ausschließungsgründe bei Macer, Dig. XLVIII, 2, 8, ⁸¹⁾ Bestimmtes dem julischen Gesetz zuzuschreiben, wie Voigt ⁸²⁾ es versucht. Jedenfalls läßt sich die naheliegende Vermutung, daß der Aufzählung die lex Iulia zugrundeliege, nicht beweisen. Zwar trifft dies hinsichtlich der oben unter Punkt 1 behandelten Beschränkung der Zahl gleichzeitiger Anklagen zu, die sich in dem Macer-Zitat findet und durch Venuleius Saturninus ⁸³⁾ dem julischen Gesetz zugewiesen wird - aber das besagt noch nichts darüber, woher die übrigen von Macer angeführten Beispiele stammen. Wenn Voigt als weiteres Argument für seine These auf die Beschränkung der Anklagebefugnis der mulier verweist, die sich bei Macer finde und für die von Papinian ⁸⁴⁾ gleichfalls auf die lex Iulia iudiciorum publicorum als Ursprung verwiesen sei, so ist dem entgegenzuhalten, daß in diesem Zitat die lex publicorum nur als gesetzliche Grundlage für ein der Frau zustehendes Zeugnisverweigerungsrecht genannt ist.

Zu d):

1. Das von Modestinus berichtete Verbot, einen Richter aufzusuchen, galt auch für den reus ⁸⁵⁾.

2. Die Zahl der patroni, die zur Verteidigung des Angeklagten im Prozeß auftraten, wird auf eine angemessene Zahl begrenzt, nachdem diese vor dem

julischen Gesetz bis auf zwölf angeschwollen war ⁸⁶⁾.

3. Den Gerichtsrednern wird verboten, ein Honorar anzunehmen; verstoßen sie hiergegen, wird ihnen eine Strafe in Höhe des Vierfachen des entgegengenommenen Betrages angedroht ⁸⁷⁾.

4. Ein weites System des Zeugnisverweigerungsrechts für Personen, die dem Angeklagten nahestehen, wie Agnaten, Cognaten und bestimmte Affinen, war in der *lex Iulia iudiciorum publicorum* enthalten ⁸⁸⁾.

5. Die Stellung eines wegen eines Kapitalverbrechens angeklagten Sklaven wurde derart geregelt, daß das julische Gesetz seine Inhaftierung bis zum Abschluß des Verfahrens anordnete, wenn nicht von seinem Herrn oder von anderer Seite eine Gestellungsbürgschaft geleistet wurde ⁸⁹⁾.

Ob sich eine weitere Stelle, die Voigt in diesem Zusammenhang der *lex Iulia iudiciorum publicorum* zuschreiben will ⁹⁰⁾, tatsächlich auf dies Gesetz zurückführen läßt, muß offen bleiben. Es ist ausdrücklich von mehreren *leges publicorum iudiciorum* die Rede. Gemeint sind die im 3. Jahrhundert geltenden Gesetze. Die Annahme, daß die Stelle sich auf die für die einzelnen Quaestionen geltenden Gesetze bezieht, liegt nahe. Nicht auszuschließen ist jedoch, daß trotz des Plurals die *lex Iulia iudiciorum publicorum* gemeint ist. -

Über den Aufbau der julischen Prozeßgesetze läßt sich kaum etwas sagen. Sie müssen ziemlich umfassend angelegt gewesen sein. Dies läßt sich aus der Anzahl der in ihnen behandelten Fragen wie aus den recht hohen Kapitelzahlen, die Ulpian in den *frag. Vat.* 197, 198 nennt - Kap. 26 der *lex publicorum*, Kap. 27 der *lex privatorum* - schließen. Daß die Gesetze die gleiche Frage, die Befreiung vom Richteramt bei drei Kindern, unter annähernd der gleichen Kapitelzahl geregelt haben, läßt eine gewisse Parallelität des Aufbaus beider Gesetze vermuten. Bestärkt wird man in diesem Glauben, weil Macrobius hinsichtlich der Regelung der Saturnalienferien ⁹¹⁾ und Sueton hinsichtlich der 30 Tage Zuschlag zur Gerichtszeit ⁹²⁾ beide Gesetze ohne Unterschied nennen; der *rerum actus* wird also in beiden Gesetzen behandelt worden sein, und zwar, wie die beiden Zitate nahelegen, in oft einander entsprechenden Bestimmungen.

Ganz und gar auf Vermutungen ist man angewiesen, will man versuchen, die überkommenen Quellen daraufhin zu untersuchen, ob sich in ihnen wörtliche Zitate der Gesetze finden. Für die hier in Frage stehende *lex Iulia iudiciorum publicorum* kommen mit der gemachten Einschränkung folgende Stellen in Betracht:

- a) "et si quis reus vel accusator domum iudicis ingrediatur" aus *Mod.*, *Dig.* XLVIII, 14, 1, 4;
- b) "ne invito denuntietur, ut testimonium litis dicat adversus socerum generum, vitricum privignum, sobrinum sobrinam, sobrino sobrina natum, eosve qui priore gradu sint", aus *Paul. et Pap.*, *Dig.* XXII, 5, 4;

- c) "ne eodem tempore de (plus) duobus reis quis quereretur nisi suarum iniuriam causa" aus Venuleius Sat. , Dig. XLVIII 2, 12, 2;
- d) schließlich noch das Wort "liberi" aus Ulp. , frag. Vat. , § 198.

An das Zitat zu a) könnte sich die gesetzliche Folge angeschlossen haben, Konstruktionen wie zu b) und c) entsprechen der römischen Gesetzessprache 93).

KAPITEL II:

Leges Iuliae de ambitu

Ambitus, die unlautere Werbung um Wahlstimmen, war in Rom von jeher ein Übel, das bekämpft werden mußte. Die Meinung Mommsens ¹⁾, daß man die schlimmsten Auswüchse seit alters als eine Art Fälschung und Betrug mit dem Tode geahndet habe, entbehrt allerdings einer überzeugenden Begründung. Schon zu Beginn des zweiten Jahrhunderts setzte die Verfolgung auch der milderen Formen der unerlaubten Amtswerbung ein, wie das Umherziehen mit zahlreicher Gefolgschaft, das Gewähren von Gastmählern, Geschenken und dergleichen. Seit Sulla wurde das Delikt im Quaestionenverfahren verfolgt. Strafen waren zu dieser Zeit Ausschluß von der Amtswerbung, Ausstoß aus dem Senat, zeitliche und lebenslängliche Verbannung ²⁾. Indes scheint sich um die Mitte des 1. Jahrhunderts v. Chr. eine mildere Beurteilung der Straftat anzubahnen, jedenfalls rief Caesar sogar einige Verurteilte aus der Verbannung zurück ³⁾. Nachdem Octavian die Alleinherrschaft im Staate errungen hatte, stellte sich mit der Aufgabe der Neuordnung des Staates auch das Problem der Bekämpfung des ambitus. Die Schilderung des Tacitus, wie in jener Zeit der Wirren auch der ambitus zur Verschlimmerung der allgemeinen Lage beigetragen hatte, so daß sich die Provinzen mit der Herrschaft des Augustus, die eine Besserung bedeutete, gern abfanden ⁴⁾, wird sich indessen auf die Zustände in der Rechtspflege beziehen.

Wahrscheinlich im Jahre 18 v. Chr. brachte Augustus aufgrund seiner tribunicia potestas ein neues Gesetz vor die Volksversammlung ⁵⁾, weil es bei den Consularwahlen des Jahres 22 während seiner Abwesenheit zu Unruhen gekommen war ⁶⁾.

Das Gesetz wird als Hauptstrafe eine feste Geldstrafe enthalten haben ⁷⁾. Die Höhe dieser Strafe betrug unter Justinian centum aurei ⁸⁾, müßte also unter Augustus 100 000 Sesterzien betragen haben, da Justinian gewöhnlich für je 1000 Sesterzien einen aureus einsetzte ⁹⁾.

Ob die Amtswerber aufgrund eines zweiten Gesetzes aus dem Jahre 8 v. Chr. vor der Wahl einen Geldbetrag als Sicherung hinterlegen mußten ¹⁰⁾, gleichsam als Unterpfand für mögliche Straftaten, ist sehr umstritten, doch scheint die angeführte Deutung am wahrscheinlichsten. Zwar sprechen alle späteren juristischen Quellen nur von der einen lex Iulia ambitus ¹¹⁾, indes ist diese einheitliche Benennung, da das zweite Gesetz nur eine geringe Änderung der Strafbestimmungen brachte, leicht erklärlich. Andererseits nämlich berichtet Tacitus einmal von mehreren julischen Ambitus-Gesetzen ¹²⁾ - eine Stelle, die außerdem belegt, als wie ausgezeichnet die augusteische Gesetzgebung begrüßt wurde. Daß zwei Gesetze ergangen seien, vertreten Rein, Haenel und Gaddi ¹³⁾, sonst

nimmt man allgemein das Gegenteil an. Eine wirkliche Stellungnahme zu der Frage findet sich nur bei Girard ¹⁴⁾, der im Verfolg seiner Untersuchungen zur Geldstrafe die Vermutung Reins, daß das zweite Gesetz aus dem Jahre 8 Geldstrafe und Sicherheitsleistung beinhaltet habe, aus Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 4 widerlegt; denn wenn dort durch die *lex Iulia iudiciaria*, die 17 v. Chr. ergangen sein dürfte, die Geldstrafendrohung des *Ambitustatbestandes* auf ein anderes Delikt angewendet wird - Aufsuchen des Richters im Strafprozeß durch Ankläger oder Angeklagten ¹⁵⁾ - so muß die *lex Iulia ambitus* des Jahres 18 v. Chr. diese Strafe eben enthalten haben. Zwar läßt sich dabei die Interpolationsvermutung Lenels für den Schlußsatz des § 4 ¹⁶⁾ nicht ganz von der Hand weisen, doch wird man die Gültigkeit seines sachlichen Inhaltes - Geldstrafe im angeführten Fall - auch für die augusteische Zeit kaum bezweifeln können; denn wenn man schon die *lex Iulia ambitus* auf Beteiligte am Strafprozeß anwenden wollte, so war zu allen Zeiten die Beschränkung auf die Geldstrafe vonnöten und z. B. Ämterausschluß (s. unten Anm. 17) geradezu widersinnig.

An dieser Argumentation scheitert auch der bereits von Girard erwogene und abgelehnte Gedanke, daß die Sicherheitsleistung dem Gesetz des Jahres 18, eine Geldstrafe aber einem späteren, unbekannten Senatsbeschluß zuzuschreiben sei. Hierzu wäre überdies zu bemerken, daß gesetzesabändernde Senatsbeschlüsse im allgemeinen erst lange Jahre nach Erlaß eines Gesetzes nötig werden, der Beschluß in Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 1 und 3 - § 2 ist ein Einschub -, der auf den ersten Blick eine solche Erwägung nahelegen mag, auch nicht die Einführung einer Geldstrafe, sondern die Ausdehnung der schon vorhandenen Strafdrohung auf die dort erwähnten Fälle bezweckt, eine Ausdehnung im örtlichen wie sachlichen Anwendungsbereich.

Enthielt somit das Gesetz des Jahres 18 eine Geldstrafe, so bleibt als Inhalt für das des Jahres 8 nur die vorherige Sicherheitsleistung. Während also Girards Ausführungen zur Geldstrafe des ersten Gesetzes im großen und ganzen beizupflichten ist, kann seine gänzliche Verneinung des zweiten Gesetzes aus den oben angeführten Gründen nicht überzeugen.

Eine weitere Bestimmung des Hauptgesetzes berichtet Dio Cassius; es war auch fünfjähriger Ausschluß von den Ämtern angedroht ¹⁷⁾.

Fraglich bleibt, ob die *lex Iulia ambitus* selbst für den Fall der Wahlwerbung unter Gewaltanwendung die *aqua et igni interdictio* androhte, wie es die Stelle Paul. Sent. V 30 a nahelegt ¹⁸⁾, oder ob diese Strafe nur im Verfahren *de vi publica* zur Anwendung kam. Die Stellen Cod. Th. IX, 26 und Cod. IX, 26, die beide die *deportatio* als Strafe für den *ambitus* erwähnen, wobei Justinian sogar die Worte *ad instar legis Iuliae ambitus* einfügt, scheinen für das erstere zu sprechen. Während Girard ¹⁹⁾ meint, die erwähnte Rubrik 30 a der Paul. Sent. gehöre eigentlich unter die Rubrik V, 26; 'ad legem Iuliam de vi publica

et privata', da von einem vis publicae reus gesprochen werde, ist Berger ²⁰⁾ der Ansicht, daß die Stelle durchaus in den Titel über die lex Iulia ambitus gehöre. Das julische Gesetz haben eben für diesen qualifizierten Fall der Amtswerbung eine besonders harte Strafe durch Verweisung auf die Strafdrohung des Gesetzes über die vis publica statuieren wollen. Vielleicht läßt sich jedoch die Stelle so erklären, daß unter den Ausführungen über den ambitus der Vollständigkeit halber eine unter die lex Iulia de vi fallende Qualifizierung auch dort angeführt wurde, der Fall also tatsächlich unter das Gesetz de vi fiel. seine Erörterung sich indes auch unter der Rubrik de ambitu fand. So ließe sich auch die Zusammenstellung des magistratus mit dem sacerdotium, die in Paul. Sent. V, 30a wie auch in Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 1 anzutreffen ist, begründen; es handelt sich um eine einheitliche Erörterung zweier verwandter Fälle, ohne daß darum aber beide der lex Iuliae ambitus zuzuordnen wären, wie Berger annimmt.

Ein Grundgedanke des augusteischen Gesetzes in prozessualer Hinsicht scheint der gewesen zu sein, daß sich der Angeklagte von den schlimmen Folgen seiner Tat befreien konnte, wenn er anderen den gleichen Gesetzesverstoß nachwies ²¹⁾. Ferner ist die in einer Pliniusstelle ²²⁾ überlieferte Bestimmung bemerkenswert, die den Angeklagten das Recht zuspricht, im Prozeß auch ihrerseits Untersuchungen anzustellen und Zeugen aufzubieten.

Die leges Iuliae de ambitu blieben die Grundlage der Strafverfolgung für die spätere Zeit, wenn auch der Anwendungsbereich und die Strafen geändert wurden. In der Stadt Rom verlor die augusteische Gesetzgebung ihre Bedeutung unter seinen Nachfolgern. Seit Tiberius war der Senat für die Ämterwahl zuständig ²³⁾. Ambitus bedeutete jetzt Bestechung der Senatoren ²⁴⁾. Von Trajan ist berichtet, daß er unter Anwendung der lex ambitus gegen diese Wahlumtriebe einschritt ²⁵⁾. Schließlich besetzte dann der Kaiser die Ämter selbst ²⁶⁾, war aber auf den Rat seiner Umgebung angewiesen, so daß ambitus jetzt ungerechte und erkaufte Protektion bedeutet ²⁷⁾. Strafe war die Verbannung auf eine Insel unter Verlust des Vermögens an die Staatskasse ²⁸⁾. Der eigentliche ambitus war nur noch bei Wahlen in Municipien möglich, auf die das Gesetz aufgrund Senatsbeschlusses Anwendung finden konnte ²⁹⁾. Dabei hat ein Senatsbeschluß ³⁰⁾, von dem wir nicht wissen, ob er mit dem in § 1 der zitierten Digestenstelle erwähnten identisch ist ³¹⁾ - es spricht nichts dafür - die Strafe des ambitus auf den Fall der Erhebung einer neuen Abgabe übertragen. Diese Stelle bleibt rätselhaft, zumal Paulus den Fall unter die lex Iulia de vi subsumiert ³²⁾.

KAPITEL III:

Lex Iulia de adulteriis coercendis

Das Gesetz dürfte aus dem Jahre 18 v. Chr. stammen, dem Jahr, in dem die zweckverwandte lex de maritandis ordinibus erging ¹⁾.

Die lex Iulia de adulteriis coercendis unterstellte die Tatbestände des adulterium und des stuprum, sowie das lenocinium (Kuppelei) ²⁾ dem iudicium publicum. Adulterium bedeutete den Ehebruch, stuprum den Geschlechtsverkehr mit ehrbaren unverheirateten Frauen ³⁾. Beide Tatbestände werden nicht scharf auseinandergehalten ⁴⁾. Es wird mit Kunkel ⁵⁾ anzunehmen sein, daß schon das ältere Recht beide Tatbestände nicht klar geschieden hat. Kunkel vermutet, daß das Recht zu strafen seit alters allein dem Gewalthaber der Frau zugestanden habe. Stimmt man dem zu - und Gegengründe sind nicht ersichtlich - so ist die Folgerung zwingend, daß Augustus, der das Rache- und Anklagerecht des Ehemannes nur dem des Gewalthabers zur Seite stellte, die beiden Tatbestände auch nicht unbedingt genau unterscheiden mußte, zumal die Strafen für adulterium wie stuprum grundsätzlich gleichlauteten.

Wie wir aus Paul., Coll. IV, 2, 2 ⁶⁾ erfahren, setzte das erste Kapitel der lex Iulia de adulteriis coercendis mehrere frühere Gesetze außer Kraft. Aufgrund dieser Quellenstelle ⁷⁾ und aufgrund der weiteren Überlegung, daß die in Frage stehenden Delikte gerade in Rom vorher nicht unverfolgt geblieben sein können, ist die Ansicht Mommsens ⁸⁾, die lex Iulia de adulteriis coercendis habe ganz neue Tatbestände in die römische Strafrechtspraxis eingeführt, widerlegt ⁹⁾. Die Deliktstatbestände dieser lex Iulia werden vielmehr seit alters überkommen gewesen sein, und es ist zu vermuten, daß sie bis auf Augustus die Grundlage einer altertümlichen privaten Kriminalklage gebildet haben ¹⁰⁾.

Das augusteische Gesetz enthielt die Bestimmung, daß der Vater die in seinem oder des Schwiegersohnes Haus auf frischer Tat betroffene Tochter töten konnte ¹¹⁾. In solchem Falle war auch die gleichzeitige Tötung des Ehebrechers straflos ¹²⁾. Der Ehemann darf den Ehebrecher dann töten, ohne daß dabei auch die mitschuldige Frau getötet werden durfte, wenn der Ehebrecher Sklave oder ein von seiner Familie Freigelassener oder ein Infamierter war ¹³⁾. In jedem Fall konnte der Mann den ertappten Ehebrecher bis zu 20 Stunden zu Beweis zwecken in seinem Haus zurückhalten ¹⁴⁾. Dem Gewalthaber stand das erwähnte Recht vermutlich seit alters zu ¹⁵⁾, für den Ehemann dürfte es sich insoweit um eine Neuerung des Augustus handeln ¹⁶⁾.

Bei noch bestehender Ehe konnte weder gegen die Ehebrecherin noch gegen den mitschuldigen Mann Klage erhoben werden ¹⁷⁾. Eine bestehende Ehe sollte 'in Ruhe gelassen werden'; man mußte in solchen Fällen zuerst den Ehemann, der sich von seiner im Ehebruch ertappten Frau nicht schied, wegen lenocinium

anklagen¹⁸⁾. Hatte sich der Ehemann von seiner Frau wegen Ehebruchs geschieden, so blieb ihm und dem Gewalthaber der Frau für 60 Tage das Recht zur Anklage der Ehebrecher vorbehalten. Der Ehemann ging dabei dem Gewalthaber vor¹⁹⁾. Das Vorzugsrecht bestand für den Ehemann nur bei tatsächlich vorhandener ehelicher Gemeinschaft innerhalb einer römischen Vollehe²⁰⁾. Ob für den Mann oder Vater, machten diese von ihrem bevorzugten Anklagerecht Gebrauch, das Calumnienverfahren ausgeschlossen war, wie Mommsen meint²¹⁾, wird sich nicht entscheiden lassen; es stehen sich zwei Quellengruppen mit entgegengesetzter Aussage gegenüber²²⁾. Wollte man Mommsen folgen, so müßte man insbesondere die drei Digestenstellen, die einen Ausschluß des Calumnienverfahrens verneinen, für interpoliert ansehen. Das ließe sich jedoch nur für die Stellen Scaevola, Dig. XLVIII, 5, 15, 3 und Paul., Dig. XLVIII, 5, 31, pr. vertreten, wo man nur das Wort 'non' zu streichen hätte, um die Aussage in ihr Gegenteil zu kehren. Ein solches Verfahren wäre indes nicht nur an und für sich sehr gewagt, sondern es scheitert hier schon daran, daß sich damit die ins einzelne gehende Erörterung der Gefahr einer Verurteilung wegen calumnia für den Ehemann, der unter 25 Jahre alt ist, in Ulp., Dig. XLVIII, 5, 16, 6 nicht erklären ließe.

Abgesehen von dem soeben erörterten befristeten bevorzugten Anklagerecht des Ehemannes und des Gewalthabers galten für die Anklage hinsichtlich der Person des Anklägers weitere Besonderheiten. Einige Personenkreise müssen von der Anklage überhaupt ausgeschlossen gewesen sein. Der minor annis viginti quinque war nur in eigener Sache zur Klage zugelassen²³⁾. Der Grund für diese Einschränkungen wird der schon oben erwähnte sein; man wollte niemanden leichtfertiger Anklage aussetzen.

Derartige praescriptiones mußten vor der endgültigen Annahme der Anklage durch den Magistrat vorgebracht werden, später wurde dem Angeklagten ihr Vortra verwehrt²⁴⁾.

Es war unzulässig, beide am Ehebruch Beteiligten gleichzeitig anzuklagen; der Ankläger hatte grundsätzlich die Wahl, gegen wen er zuerst vorgehen wollte²⁵⁾. Eine Ausnahme gilt nur für den Fall, daß die geschiedene Frau eine neue Ehe eingegangen war; hier mußten - wohl wiederum aus dem Gesichtspunkt des Schutzes bestehender Ehen - zuerst der schuldige Mann und erst nach dessen Verurteilung die Frau angeklagt werden²⁶⁾. Die Unabhängigkeit der beiden möglichen Anklagen voneinander zeigt sich auch darin, daß bei Fortfall der Anklagemöglichkeit gegen den einen Mitschuldigen die Klage gegen den anderen weiterhin offenstand²⁷⁾.

Die Klage war in jedem Falle ausgeschlossen, wenn seit der Tat fünf Jahre verstrichen waren. Eine weitere Befristung der Anklage war die, daß gegen die aufgrund Ehebruchs geschiedene Frau binnen sechs Monaten die Anklage er-

hoben werden mußte. Diese Frist wurde für die Wiederverheiratete vom Zeitpunkt der Scheidung, für die ledige Frau vom Zeitpunkt der Straftat an bemessen ²⁸⁾.

Die Anklage eines in Staatsgeschäften Abwesenden war nicht möglich ²⁹⁾. Wer solche Geschäfte nur vorschützte, um eine Anklage zu vermeiden, genoß dies Privileg nicht ³⁰⁾.

Die Strafen der *lex Iulia de adulteriis coercendis* waren die *relegatio in insulam* mit getrennten Aufenthaltsorten für Mann und Frau, sowie ein unterschiedlich gestaffelter Vermögensentzug ³¹⁾.

Die *relegatio* wurde damit zum ersten Mal über den Bereich der *coercitio* hinaus als Kriminalstrafe angedroht ³²⁾.

Der Vermögensentzug bestand im Verlust der Hälfte des Vermögens für den Mann und die unverheiratete Frau, sowie im Entzug eines Vermögensdrittels und einer Hälfte der Mitgift für die verheiratete Frau. Die Mitgiftshälfte wird von dem betroffenen Ehemann einbehalten worden sein, die übrigen Vermögensstrafen flossen wohl in die Staatskasse.

Ferner war die Folge einer Verurteilung die Zeugnisunfähigkeit ³³⁾. Wer eine wegen *adulterium* verurteilte Frau heiratete, erfüllte den Tatbestand des *lenocinium* ³⁴⁾.

KAPITEL IV:

Lex Iulia de annona

Die Hemmung der Kornversorgung Roms, insbesondere durch Absprachen zur Erhöhung des Getreidepreises, wurde in der Republik im Multverfahren verfolgt¹⁾. Die lex Iulia de annona reihte das Delikt dann unter die iudicia publica ein, ob allerdings eine eigene quaestio perpetua bestand, ist nicht sicher²⁾. Der Inhalt des Gesetzes ist umschrieben in einem Ulpianzitat³⁾. Es sollten also vor allem Preiskartelle und das Zurückhalten von Kornschiffen mit Strafe belegt werden. Der Geldstrafe von 20 aurei entsprach zur Zeit des Gesetzeserlasses eine solche von 20 000 Sesterzen, da von Justinian - wie schon zur lex ambitus ausgeführt - für je 1000 Sesterzen ein aureus eingesetzt wurde⁴⁾.

Prozessual bedeutsam ist die Ausdehnung der Klagebefugnis auf servi, mulieres, famosi und milites wegen des öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung⁵⁾. Daß die angeführten Stellen von der Anzeige vor dem praefectus annonae sprechen, hindert nicht den Schluß, daß es sich im ordentlichen Quaestionenverfahren entsprechend verhalten habe⁶⁾. Das Delikt ist nur sehr früh unter die kaiserliche Gerichtsbarkeit gefallen, also der quaestio entzogen worden⁷⁾, wobei der Übergang sich nicht plötzlich, sondern allmählich vollzogen haben dürfte. Dies ist daraus zu erklären, daß Augustus die Sorge um die Getreidezufuhr sehr bald selbst in die Hand nahm⁸⁾. Diese Belege für die Tätigkeit des Augustus auf dem Gebiete der Kornversorgung sind auch der einzige schwache Anhaltspunkt dafür, daß er es war, der das Strafgesetz erließ. Denn wer sich verwaltungstechnisch und persönlich mit Zahlungen aus der eigenen Tasche für eine Angelegenheit einsetzt, der dürfte auch mit einiger Wahrscheinlichkeit das das Unternehmen schützende Strafgesetz erlassen haben. Allerdings befaßte sich auch Caesar mit Getreideangelegenheiten, dabei ist neben seinem Eingriff in das Verteilungswesen⁹⁾ vor allem die Schaffung der beiden aediles plebis cereales zu beachten¹⁰⁾. Desungeachtet neigen die neueren Autoren dazu, das Gesetz Augustus zuzuschreiben, allerdings mangelt eine stichhaltige Begründung¹¹⁾. Girard läßt die Frage offen¹²⁾, Mommsen entscheidet sich für Caesar¹³⁾.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß aus den angeführten Gründen, fügt man diesen noch die Einsicht hinzu, daß es Augustus, im Hinblick auf seine sonstigen Gesetze, um eine planmäßige Erneuerung des gesamten römischen Strafrechts gegangen sein muß, die Urheberchaft des Augustus für die lex Iulia de annona wahrscheinlicher ist als die Caesars. Ein Datum läßt sich nicht angeben. Jedoch kann man die Zeit zwischen den Jahren 24 und 18 als Entstehungszeit vermuten, weil aus diesen Jahren die erwähnten Maßnahmen zur Getreideversorgung überliefert sind und sich ein Strafgesetz leicht mit ihnen verknüpfen ließ.

KAPITEL V:

Lex Iulia de vi publica et privata

Unser Wissen über dieses Gesetz ¹⁾ beruht im wesentlichen auf den Titeln 6 und 7 in Dig. XLVIII und auf Paul. Sent., V, 26. In beiden Quellen werden nicht nur die materiellen Straftatbestände zum Teil unterschiedlich dem einen oder anderen Vis-Begriff zugeordnet (s. dazu unten unter b), sondern das Gesetz wird auch zu einem als ein einheitliches in der Kapitelüberschrift (Paul. Sent.) genannt, während andererseits in den Digestentiteln zwei Vis-Gesetze unterschieden werden. Die hieraus entstandene Streitfrage um die Anzahl der ergangenen Gesetze und die damit verknüpfte Frage einer möglichen Identität dieser Gesetzgebung mit den *leges Iuliae iudiciorum publicorum et privatorum* (s. dazu unten unter a)) ist noch immer nicht endgültig geklärt ²⁾.

Zu a):

Für eine Aufgliederung der Vis-Gesetzgebung in zwei Gesetze könnte sprechen:

- a) die Differenzierung in eine *lex Iulia de vi publica* und eine *lex Iulia de vi privata* in Dig. XLVIII, 6 und 7, sowie in Macer, Dig. XLVIII, 1, 1;
- ß) daß dementsprechend innerhalb der genannten Titel die einzelnen Tatbestände jeweils einem bestimmten der beiden Gesetze zugewiesen werden.

Für die Identität der solcherart angenommenen beiden Gesetze *de vi* mit der jeweils entsprechenden allgemeinen *lex Iulia iudiciaria* könnte angeführt werden:

- γ) daß es eine Reihe von Stellen gibt, in denen von allgemeinen, das Verfahren betreffenden Anordnungen der Vis-Gesetzgebung die Rede ist, wie man diese in einem Spezialgesetz vielleicht nicht vermutet. Diese strafprozessualen Vorschriften sind:

Macer, Dig. XLVIII, 2, 11, 1 ³⁾; das Recht zur *accusatio* wird verweigert;

Paul., Dig. XLVIII, 2, 3, 4 ⁴⁾; Erneuerung der Anklage;

Ven., Dig. XLVIII, 2, 12, 4 ⁵⁾; Sklaven können nicht mit der *lex Iulia de vi privata* verfolgt werden;

Pap., Dig. I, 21, 1, pr. ⁶⁾; Übertragung der *exercitio publici iudicii*;

Callistr., Dig. XXII, 5, 3, 5 = Coll. IX, 2, 2 und

Pap., Dig. XXII, 5, 13 ⁷⁾; Zeugnis;

- δ) die offensichtliche Verknüpfung der *vis* mit den allgemeinen *leges Iuliae iudiciorum* in Ulp., Dig. XLVIII, 19, 32 und Ulp., Dig. XLIII, 16, 1, 2 ⁸⁾.

Indes vermag keines dieser Argumente zu überzeugen ⁹⁾. Es gibt eine Anzahl von Quellenstellen, die die Gesetzgebung als eine Einheit zitieren und schlicht von einer *lex Iulia de vi* oder einer *lex Iulia de vi publica et (seu) privata* sprechen. Hierzu zählen alle unter γ) zitierten Stellen, sowie die *Inscriptio* zu Coll. IX, 2, ferner die Rupiken Cod. Th. IX, 10 = Nov. Iust. IX, 12, und Paul. Sent., V, 26,

wie auch die Stellen Cod. Th. IX, 20, 1 = Cod. Iust. IX, 31, 1, Inst. IV, 18, 8.

Man muß darüberhinaus berücksichtigen, daß unterschiedliche Partien eines einheitlichen Gesetzes manchmal wie getrennte Gesetze zitiert werden, wie unten am Beispiel der *lex Iulia peculatus* dargelegt wird; auch denke man an das Kapitel der *lex Iulia de adulteriis coercendis*; 'de fundo dotali', das als gesonderte *lex Iulia* angeführt wurde (Paul., Dig. XXII, 5, 1).

Hätte es zwei getrennte Gesetze de vi gegeben, so hätte Ulpian in Coll. IX, 2, 1 für die Zeugnisunfähigkeit nicht nur auf Kapitel 87, für das Zeugnisverweigerungsrecht nicht nur auf Kapitel 88 der *lex Iulia* verweisen können; es hätte der Angabe jeweils zweier Kapitalzahlen bedurft, wären zwei unterschiedliche Gesetze ergangen.

Schon dies Ergebnis will man ihm zustimmen, entkräftet die oben unter γ) und δ) angeführten Argumente für eine Identität der Vis-Gesetzgebung mit den *leges Iuliae iudiciorum publicorum et privatorum*; denn ein Gesetz kann nicht mit zwei anderen übereinstimmen. Hinzukommt, daß sich allgemeine Anordnungen auch sonst in Spezialgesetzen finden. So werden in der für die *lex Iulia de vi* genannten Stelle Pap., Dig. XXII, 5, 13 im Hinblick auf ein mögliches Zeugnisverbot auch eine Reihe anderer Gesetze angeführt, die für ein solches Verbot in Betracht kamen, die also ähnliche Regelungen enthalten haben können. Auch stimmen die Anordnungen der *lex Iulia de vi* über das Zeugnisverweigerungsrecht in Coll. IX, 2, 2-3 mit der entsprechenden Bestimmung Paul., Dig. XXII, 5, 4 der allgemeinen Judizialgesetze inhaltlich nicht überein. Die *lex Iulia iudiciorum publicorum* spricht von einem Zeugnisverweigerungsrecht für Angehörige bis zum siebenten Grade (*sobrinum sobrinam, sobrinus sobrina natum*) die *lex Iulia de vi* gesteht dies Recht nur Verwandten bis zum sechsten Grade zu (*qui sobrinus est ei reo proprioreve cognatione coniunctus*), das Zeugnisverweigerungsrecht des patronus fehlt in der *lex de vi*, und dem Zeugnisverweigerungsrecht in der *lex Iulia iudiciorum publicorum* für Freigelassene entspricht in der *lex de vi* die völlige Zeugnisunfähigkeit.

Die unter δ) angeführten Ulpianzitate schließlich sind inhaltlich verdorben. Es muß auf die Kapitel de vi publica bzw. de vi privata der *lex Iulia de vi* verwiesen werden, nicht auf die *leges Iuliae iudiciorum publicorum et privatorum* ¹⁰⁾. Das ergibt Bas. LX, 51, 21 ¹¹⁾.

Das Gesetz wird in den Jahren nach 19 v. Chr. ergangen sein, es spricht alles dafür, daß es innerhalb der in diesen Jahren verwirklichten Reformgesetzgebung erlassen wurde.

Eine Strafe der *lex Iulia* für die *vis privata* - Einzug des dritten Teils des Vermögens - findet sich auch im augusteischen Gesetz *de adulteriis coercendis* ¹²⁾, ist aber der früheren, insbesondere Caesars Gesetzgebung unbekannt. Mit welcher Vorsicht die Stelle Cic., Phil., 1, 9, 23, die für eine Autorschaft Caesars

angeführt wird, interpretiert werden muß, wird unten, Kapitel VI, Anmerkung 11 dargelegt. Jedenfalls besagt sie äußerstenfalls nur, daß Caesar auch eine *lex de vi* erlassen haben könnte, nicht aber, daß die umfassende *lex Iulia de vi* nur von ihm herrühren könne.

Aufgrund des Gesetzes dürfte eine ständige *quaestio de vi* eingerichtet worden sein. Belege gibt es hierfür nicht.

Zu b):

Die Strafe für *vis publica* war kapital ¹³⁾, *vis privata* wurde mit der Einziehung eines Vermögensdrittels und der Unfähigkeit zur Bekleidung von Ämtern geahndet, wobei die Paulussentenzen noch die *relegatio* und die Zwangsarbeit für *humiliores* erwähnen ¹⁴⁾. Was nun aber jeweils unter die beiden *Vis*-Begriffe subsumiert wurde, bleibt unklar. Mißbrauch öffentlicher Gewalt fällt nach beiden Hauptquellen, den *Digesten* wie den Paulussentenzen, unter den Tatbestand der *vis publica* ¹⁵⁾. Dagegen wird die von Privaten verübte Gewalt von den letzteren der *vis privata* zugeordnet, während die *Digesten* hier von *vis publica* sprechen ¹⁶⁾. Bei der Schwere auch dieser Delikte erscheint die Strafdrohung für *vis publica* auch in den meisten dieser Fälle angemessener. Die Vermutung Kunkels ¹⁷⁾, daß die begriffliche Einteilung der *vis* in den Sentenzen der *lex Iulia* vielleicht entspreche, daß aber für einen Teil der Fälle der *vis privata* dennoch die Strafe der *vis publica* angedroht wurde, könnte hier das Richtige treffen ¹⁸⁾.

KAPITEL VI:

Lex Iulia maiestatis

War das crimen maiestatis für die Zeit der ausgehenden Republik durch die lex Cornelia de maiestate gesetzlich festgelegt und vor eine quaestio gewiesen, so war für den Principat und die Folgezeit eine lex Iulia hierfür maßgebend. Kurz gesagt wurde nach ihr vor der quaestio belangt, wer gegen Staatsoberhaupt oder Staat sich vergangen hatte ¹⁾. Der ganze Titel 4 des Buches XLVIII der Digesten ist dieser lex Iulia gewidmet ²⁾. Der Inhalt des Gesetzes ist dort ausführlich dargestellt ³⁾. Hauptsächlich wurde gegen den eingeschritten, der sich mit Waffengewalt gegen den Staat wandte, die Schlagkraft des Heeres schwächte, gegen den Befehl des Princeps ein Heer befehligte oder sich ein Amt annahm. Alle diese Dinge waren indes auch früher schon unter den Tatbestand des Majestätsverbrechens gefallen, und es läßt sich nur vermuten, daß das julische Gesetz, neben der Neu-redaktion des bereits Vorhandenen, vor allem darauf abzielte, den Princeps und seine Machtstellung in der neuen Staatsordnung umfassender zu schützen ⁴⁾. Bevor aber auf solche Fragen zum Inhalt des Gesetzes und zu der in ihm angedrohten Strafe Stellung genommen werden kann, muß die Urheberschaft des Augustus an diesem Gesetz nachgewiesen werden. Die Frage ist umstritten. Im gesamten das Gesetz behandelnden Digestentitel ist nur von einer lex Iulia die Rede. Sonach käme auch Caesar als ihr Autor in Betracht. In der Tat scheint es einleuchtend, eine Gesetzgebung Caesars auf dem Gebiete der maiestas zu vermuten ⁵⁾. Anderer Ansicht ist insoweit Mommsen, der nur ein Gesetz des Augustus gelten lassen will ⁶⁾, doch kann man sich der Begründung, diese die Strafe betreffende Anordnung Caesars könne sich in der von ihm stammenden allgemeinen lex iudiciorum publicorum gefunden haben ⁷⁾, nicht anschließen; denn letzteres Gesetz wurde eben nicht, wie bereits dargelegt, von Caesar erlassen. Bejaht man somit ein einschlägiges Gesetz Caesars, so fragt sich weiter, ob dieses mit der in den auf uns überkommenen Zitaten erwähnten lex Iulia maiestatis identisch sei. Dafür spräche vielleicht die Gleichartigkeit der Strafdrohungen für das bei Cicero genannte caesarische Gesetz und die lex Iulia ⁸⁾, in beiden Fällen ist von der aqua et igni interdictio die Rede. Girard läßt die Frage nach dem Urheber des julischen Gesetzes aufgrund solcher Erwägungen offen ⁹⁾, obwohl auch er der zweiten Möglichkeit zuneigt, daß neben einem Gesetz Caesars auch ein augusteisches, eben die im genannten Digestentitel behandelte lex Iulia ergangen sein kann ¹⁰⁾. Diese letztere Auffassung dürfte zutreffen, will man sich nicht sogar der Ansicht Kunkels anschließen, der den Hinweis Ciceros in Phil. 1, 9, 23 auf eine Bestimmung im Repetundengesetz Caesars bezieht, die den mit Majestätsverbrechen verbundenen Fall der Erpressung betroffen habe ¹¹⁾. Aus der Gleichartigkeit der Strafe in den beiden Zitaten läßt sich jedenfalls nicht folgern,

daß allein Caesar eine lex Iulia maiestatis erlassen haben kann ¹²⁾. Denn mit der aqua et igni interdictio wurde dies Delikt schon unter Sulla geahndet ¹³⁾, Caesar hielt sich bei seiner Gesetzgebung hieran, und Augustus kann diese Strafe ebenso in sein Gesetz übernommen haben.

Daß endlich Augustus auf dem Gebiete des Staatsverbrechens gesetzgeberisch tätig gewesen sein muß, ist einem Bericht des Tacitus über die verschärfte Wiederaufnahme solcher Prozesse unter Tiberius zu entnehmen ¹⁴⁾. Hier ist davon die Rede, Augustus habe als erster Schmähschriften unter den Tatbestand der maiestas fallen lassen, während vor ihm nur Taten, nicht das Wort geahndet wurden. Dagegen läßt sich das Entstehungsjahr des Gesetzes nicht festlegen. Rotondi und Haenel entscheiden sich ohne Begründung für das Jahr 8 v. Chr. ¹⁵⁾.

Wie schon eingangs erwähnt, umfaßte der Tatbestand des Majestätsverbrechens die schon seit alters überkommenen Vorschriften zum Schutze des Staates, wie sie zuletzt von Sulla und Caesar zusammengestellt worden waren. Eine Definition des Deliktsbegriffes maiestas brachte auch das augusteische Gesetz nicht, sondern es enthielt, ganz der herkömmlichen römischen Gesetzestchnik entsprechend, eine nach heutigen systematischen Erwägungen mehr oder minder ungeordnete Fülle von Tatbeständen. Wir würden diese heute unter den Gesichtspunkten des Hoch- und Landesverrats, sowie der Verletzung der Beamten- und Bürgerpflichten aufgliedern ¹⁶⁾. Augustus bedrohte zusätzlich auch die Verunglimpfung durch das Wort mit Strafe ¹⁷⁾. Sonstige gerade von ihm herrührende Neuerungen vermag man nicht mit Sicherheit festzustellen ¹⁸⁾. Prozessual bedeutsam war die Bestimmung, die dem Ankläger ein Viertel des Vermögens des Verurteilten zusprach ¹⁹⁾.

Der persönliche Schutz des Princeps gegen Tötung oder Realinjurien ist in seinem Gesetz nicht ausdrücklich hervorgehoben. Dieser hätte auch schon nach den früheren Gesetzen bestanden, die ebenfalls die Beamtenverletzung bereits mit Strafe belegten ²⁰⁾, da Augustus das imperium und die tribunicia potestas besaß. Ob man aus dem Bericht des Tacitus ²¹⁾ über die Vorfälle um die Tochter des Augustus, Julia, entnehmen darf, daß jetzt auch die Unzucht mit Angehörigen des Kaiserhauses unter das Majestätsverbrechen fiel, erscheint zweifelhaft ²²⁾. Wahrscheinlich wurden Julia vor dem Hausgericht, die Buhler gemäß der lex de adulteriis coercendis, einer aber, Julius Antonius, weil er nur politische Vorteile erstrebt hatte, "maiestate" belangt.

Man wird indes nicht fehlgehen, wenn man bereits unter Augustus die Anfänge der Entwicklung vermutet, die der Tatbestand der maiestas unter seinen Nachfolgern nahm: Mit der zunehmenden Identifizierung von Herrscher und Staat und der bald einsetzenden göttlichen Verehrung, die ersterem zuteil wurde, stand der Schutz des Herrscherhauses immer mehr im Vordergrund. So konnte später Ulpian das Majestätsverbrechen mit dem sacrilegium vergleichen ²³⁾. Die in den Digesten bezeugte Strafdrohung gegen Verunglimpfung von geweihten Bildern

des Herrschers mag als ein Beispiel dieser späteren Gesetzgebung genannt sein 24).

Die als Strafe festgesetzte aqua et igni interdictio wurde bald durch andere Maßregeln ersetzt. Für das Staatsverbrechen dürfte sich schon früh das Verfahren vor dem Senatsgericht oder dem Kaisergericht ²⁵⁾ neben das der Quaestionengerichte gestellt haben. Solche Gerichte erkannten denn auch oft auf nur geringe Strafen, der eben erwähnte Fall der Todesstrafe steht vereinzelt. So berichtet Sueton von der Milde des Augustus, die diesen einmal nur auf Geldstrafe und leichte Verbannung erkennen ließ ²⁶⁾. Unter Tiberius steht dann bereits der Vermögensverlust neben der einfachen Verbannung ²⁷⁾, die dieser Herrscher schließlich durch die Todesstrafe ersetzte ²⁸⁾.

KAPITEL VII:

Lex Iulia peculatus et de sacrilegiis

et de residuis

Diese lex Iulia betraf im wesentlichen die Entwendung von pecunia sacra religiosa publicave, die Münzverfälschung, sowie das Zurückbehalten vereinnahmter staatlicher Gelder ¹⁾.

Die Strafverfolgung geschah auch schon vorher aufgrund einer quaestio ²⁾. Die abschließende Regelung der Tatbestände erfolgte durch das julische Gesetz, für das sich wieder kaum entscheiden läßt, ob Caesar oder Augustus sein Autor war. Manche Schriftsteller lassen diese Frage offen ³⁾, andere wollen eher den einen als den anderen der beiden Julier als Gesetzesverfasser anerkennen ⁴⁾. Doch sind die angeführten Begründungen nicht überzeugend. So bietet weder das Schweigen Suetons in Aug. 34 ein Argument gegen die Urheberchaft des Augustus ⁵⁾, noch läßt sich mit Rotondi ⁶⁾ der gegenteilige Schluß aus Ulp., Dig. XLVIII, 13, 1 ziehen, wo nach Rotondi Ulpian vom Änderungsverbot des aureus spricht. Es bleibt unklar, wie Rotondi auf diese Weise Augustus als Gesetzesverfasser erkennen will; denn es gab den aureus auch schon unter Caesar ⁷⁾. Und weiter weist auch Mommsen, auf den Rotondi sich stützt, nur auf das Legierungsverbot der lex Iulia hin - ohne jegliche weitere Bemerkung ⁸⁾. Die einzige Beobachtung, die die Autorschaft des Augustus wahrscheinlich macht, findet sich bei Huvelin ⁹⁾. Huvelin glaubt, Labeo müsse seine Posteriores, in denen er auf die lex Iulia hinweist ¹⁰⁾, kurz nach Erscheinen des julischen Gesetzes abgefaßt haben. Labeo beziehe sich auf den Gesetzestext ¹¹⁾ und gebe seinen Kommentar. Es ist in der Tat naheliegender, daß Labeo ein soeben erschienenenes, aktuelles Gesetz kommentierte als ein um Jahrzehnte zurückliegendes. Stimmt man dem zu, so kann es sich bei diesem Gesetz nur um eines des Augustus gehandelt haben, da Labeo von vor 42 v. Chr. bis nach 22 n. Chr. lebte ¹²⁾, seine juristische Tätigkeit also in der Zeit des Augustus fällt. Zeitlich genau zu datieren ist die Gesetzgebung nicht. Rotondi und Haenel entscheiden sich für das Jahr 8 v. Chr. ¹³⁾.

Weiter läßt sich nicht sicher klären, ob die drei Tatbestände des peculatus, des sacrilegium und des crimen de residuis alle in einem Gesetz abgehandelt worden sind. Die gemeinsame Nennung der Tatbestände in der Rubrik zu Dig. XLVIII, 13 legt allerdings den Schluß nahe, daß es sich um eine einzige lex Iulia gehandelt haben muß ¹⁴⁾. Während aber niemand daran zweifelt, daß die lex Iulia Peculat und Sacrileg gleichzeitig behandelte ¹⁵⁾ - es besteht auch wegen der gemeinsamen Nennung beider Tatbestände in Marc., Dig. XLVIII, 13, 4, pr. und in Paul., Dig. XLVIII, 13, 11, 2 ¹⁶⁾ kein Anlaß dazu - gehen die Meinungen zu der Frage, ob auch das crimen de residuis Bestandteil des Peculatgesetzes war oder ob insoweit ein gesondertes Gesetz erging, auseinander.

Es ist nämlich in einigen Quellen von einer *lex Iulia de residuis* die Rede ¹⁷⁾. Daraus wird von vielen auf die Trennung der Gesetze geschlossen ¹⁸⁾. Hält man sich indes an die gemeinsame Rubrik der Tatbestände in den Digesten und bedenkt man ferner, daß sich die gesonderte Benennung in den genannten Stellen der *lex de residuis* daraus erklären läßt, daß dem *crimen de residuis* in dem juristischen Peculatsgesetz ein besonderer Abschnitt gewidmet gewesen sein mag, so wird man doch an der Einheit der Gesetzgebung festhalten können ¹⁹⁾. Bestärkt wird man in dieser Annahme durch die Tatsache, daß Labeo in demselben 38. Buch seiner *Posteriorum*, in dem er den Peculat abhandelt, auch das *crimen de residuis* anführt ²⁰⁾.

Die Strafdrohung des julischen Peculatsgesetzes beinhaltete die *aqua et igni interdictio*, daneben eine Geldstrafe in Höhe des *quadruplum* ²¹⁾. Das *crimen de residuis* wurde nicht als so schwer empfunden, hier findet sich eine Geldstrafe von mehr als einem Drittel des zurückbehaltenen Betrags ²²⁾. Indessen wurde eine von dem aus dem Amte scheidenden Provinzialstatthalter anerkannte Restschuld an die Staatskasse erst nach Jahresfrist als *residuum* mit der gesetzlichen Straffolge behandelt, vorher galt sie als gewöhnliche Geldschuld ²³⁾.

Im Zusammenhang mit der bemerkenswerten Teilnahme Klausel in Ulp., Dig. XLVIII, 13, 1 ²⁴⁾, die jede Art der Teilnahme der Täterschaft gleichstellte, ist vielleicht der Grundgedanke der Bestimmung in Hermogen., Dig. XLIX, 14, 46, 9 auf das julische Gesetz zurückzuführen, die die Mittäter anteilsmäßig haften ließ ²⁵⁾, obgleich der dort erwähnte Fiskus erst in der Kaiserzeit dem alten *Aerarium* gleichgestellt worden ist ²⁶⁾ und auch sonst die verschwommen-umfassende sprachliche Fassung des *si*-Satzes nicht auf die Gesetzessprache der ausgehenden Republik zurückgreifen dürfte.

Die Regel, daß eine Strafe von den Erben nur gefordert werden durfte, wenn das Verfahren gegen den Erblasser bereits zu dessen Lebzeiten in Gang gesetzt worden war ²⁷⁾, gilt nicht für den Peculatsprozeß ²⁸⁾. Jedenfalls muß man dies der klaren Aussage Papinians entnehmen ²⁹⁾; ihre Bestätigung findet diese Stelle in den entsprechenden Bestimmungen des Stadtrechts von Malaca ³⁰⁾. Ob sich auch schon frühere Prozesse gegen Erben nachweisen lassen, die diese auf eine über die erlangte Bereicherung hinausgehende Strafsumme belangten, mag dahingestellt bleiben ³¹⁾.

Die Peculatsklage verjährte in fünf Jahren ³²⁾. Daß sich die eben erwähnte Klage gegen die Erben aufgrund Peculats ebenso nur binnen eines Jahres nach dem Tode des Beschuldigten erheben ließ, wie dies für das Repetundenverfahren bezeugt ist ³³⁾, wird man vermuten können ³⁴⁾.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, daß das julische Gesetz auch eine Bestimmung über die Unfähigkeit zum Zeugenamt in gewissen Fällen ent-

halten haben muß, wie sich aus der dahingehenden Prüfung des Gesetzes durch Papinian in Dig. XXII, 5, 13 folgern läßt 35).

KAPITEL VIII:

Lex Pedia de interfectorebus Caesaris

Octavian ließ aufgrund dieses Gesetzes eine quaestio gegen die Caesarmörder durchführen, um sich für sein ferneres politisches Auftreten eine sichere Grundlage zu schaffen, hätte doch ein Verzicht auf Bestrafung Anerkennung des Mordes an seinen Adoptivvater bedeutet ¹⁾. Dabei wählte Augustus nicht den Weg der privaten Mordrache und die persönliche Anklage der Mörder vor der quaestio inter sicarios, wie es dem unbefangenen Leser seines Rechenschaftsberichts erscheinen mußte ²⁾, sondern er ließ durch Q. Pedius, seinen Mitkonsul, im Jahre 43 v. Chr. ein Gesetz zur Schaffung eines Sondergerichtes einbringen ³⁾. Augustus hielt sich zwar im Hintergrund, stand aber sicher als treibende Kraft hinter dem ganzen Geschehen ⁴⁾. Daß er das Gesetz in dieser Sache trotz seines persönlichen Interesses an der Bestrafung der Täter gewahrt hatte, wußte sich Augustus noch später zu loben ⁵⁾.

Die Anklage fußte darauf, daß Caesar ohne Gerichtsverfahren ermordet wurde ⁶⁾. Als Ankläger sind uns Agrippa, der Cassius anklagte, und ein L. Cornificius, der Ankläger des M. Brutus, bekannt ⁷⁾.

Die aufgrund der lex Pedia durchgeführten Prozesse endeten mit der aqua et igni interdictio ⁸⁾. Levy ⁹⁾ hält diese für die gesetzliche Strafe, Mommsen ¹⁰⁾ glaubt, daß die Strafe ursprünglich eine kapitale war, jedoch, weil die Angeklagten sich nicht stellten, die interdictio ausgesprochen wurde. Diese Erklärung erscheint einleuchtend, da man der Angeklagten, die sich in den Provinzen aufhielten, nicht habhaft werden konnte.

Obgleich Augustus auf die Gesetzmäßigkeit des ganzen Verfahrens solch großen Wert legte, darf nicht verkannt werden, daß schon das Gesetz als solches eine gewisse Ausnahmeerscheinung darstellt. Handelte es sich doch um eine quaestio extraordinaria, für einen Einzelfall durch ein Spezialgesetz eingesetzt, ganz im Gegensatz zu den in dieser Zeit schon bestehenden neun ständigen Quaestionen-gerichtshöfen ¹¹⁾. Solche Gerichte ad hoc waren im Gegensatz zum 2. Jahrhundert in dieser Zeit nicht mehr an der Tagesordnung. Ob die Römer in dieser Hinsicht schon von jeher eine ablehnende Haltung eingenommen hatten, ist zweifelhaft. Mommsen will dies aus dem Zwölftafelsatz "privilegia non irroganto" ¹²⁾ herleiten, der nach ihm ¹³⁾ das Verbot der den Einzelnen beschwerenden Ausnahmeregelung enthält. Immernin konnte sich Augustus auf eine ganze Reihe von Fällen berufen, wo man vor ihm diese Regel durchbrochen hatte ¹⁴⁾, darunter die bekannte Peducia quaestio aus dem Jahre 114 gegen einige Vestalinnen und deren Liebhaber wegen Inzests ¹⁵⁾ und der Landesverratsprozeß gegen Generäle und Gesandte, die gegen König Jugurtha ausgesandt waren, aus dem Jahre 110.

die quaestio coniurationis Iugurthinae ¹⁶⁾. Da solche Fälle bis auf das Jahr 52 herunter vorkamen, in dem ein Konsulärgesetz des Pompeius, das eine bestimmte Gewalttat ahndete, erging ¹⁷⁾, wird man kaum mit Mommsen ¹⁸⁾ alle derartigen Volksschlüsse für verfassungswidrig erachten müssen. Augustus und seine Zeitgenossen werden unter diesem Gesichtspunkt an der lex Pedia sicher keinen Anstoß mehr genommen haben.

Schwerwiegender war vielleicht die Schärfung des Prozesses dadurch, daß man die Anklage in Abwesenheit der Beklagten zuließ ¹⁹⁾. Indes war das schließlich Voraussetzung für den Prozeß überhaupt. Insgesamt betrachtet, hielt sich Augustus bei der Durchführung dieses so hochpolitischen Prozesses, an dem die meisten Römer auch persönlich Anteil nahmen, im Rahmen des gesetzlich und politisch Möglichen, mag er sich des Verfahrens auch mehr oder weniger nur zur Erreichung eines politisch erwünschten Zieles bedient haben.

KAPITEL IX:

Lex Iulia de suffragiis in iudiciis

Dieses Gesetz wurde nach den Prozessen des Jahres 23 gegen M. Primus und A. Terentius Varro erlassen. Nach ihm war die Abstimmung in Prozessen gegen Abwesende öffentlich.

Der Prozeß gegen M. Primus, der nach dem Bericht des Dio angeklagt wurde, ohne Befehl als **τῆς Μακεδονίας ἀρχων** einen Feldzug gegen die Odrysen unternommen zu haben, ist der erste aus der Zeit des Principats uns überlieferte ¹⁾. Wahrscheinlich handelte es sich um ein Repetundenverfahren, das die Provinzbewohner gegen M. Primus anstrebten. Im Rahmen dieses Verfahrens werden die Provinzialen dann von dem Raubzug des Primus gegen die Odrysen berichtet haben. Ob Primus als kaiserlicher Statthalter, als legatus Augusti pro praetore, oder aber als Prokonsul, also senatorischer Statthalter anzusprechen ist, bleibt fraglich. Naheliegender ist das erstere. ²⁾ **Ἀρχων** bezeichnet bei Dio Cassius zumeist den legatus Augusti pro praetore ²⁾, wenn dies auch keinen völlig sicheren Anhaltspunkt bietet. Wahrscheinlich standen an der Nordgrenze des Reiches befriedete Landstriche unter senatorischem, im Kriegszustand befindliche unter kaiserlichem Regiment ³⁾. Ob es allerdings zu dieser Zeit nur noch kaiserliche Truppen gab, deren sich M. Primus dann für seinen Kriegszug bedient hätte, läßt sich nicht entscheiden. Die Sache ist für diese Untersuchung auch nicht weiter wichtig.

Jedenfalls erschien nach dem Bericht Dios Augustus in diesem Prozeß unaufgefordert (**αὐτεπαγγελτος**) als Zeuge vor Gericht, um die Behauptung des Primus zu widerlegen, er habe mit Wissen des Augustus und eines Marcellus sein Unternehmen durchgeführt. Aus diesem Auftreten die alleinige Folgerung zu ziehen, daß darin eine bedeutsame Anerkennung des Quaestionengerichts durch Augustus zu erblicken sei, wie Volkmann ⁴⁾ es tut, geht nicht an. Vielmehr wird das Zeugnis des Augustus eine Notwendigkeit gewesen sein, war doch die Verteidigung mit dem Geheimauftrag durchaus einleuchtend. So hat Augustus selbst später, zwischen 13 und 11 v. Chr., den Q. Calpurnius Piso auf diese Weise mit der Bekriegung der Thraker beauftragt ⁵⁾. Zum anderen wird das persönliche Erscheinen des Princeps hier den Nebenzweck verfolgt haben, dem Gericht das Interesse des Princeps an einer Verurteilung des Angeklagten deutlich zu machen. Jedenfalls wußte Augustus die auf diesen Punkt abzielende Frage des Verteidigers A. Terentius Varro, was Augustus denn vor Gericht überhaupt wolle, geschickt abzufangen, indem er antwortete, ihn führe die Sorge um das Gemeinwohl her (**τὸ δημόσιον**). Tatsächlich hätte wohl ohne diesen Auftritt des Princeps, der seine Wirkung auf das Gericht nicht verfehlte, die Möglichkeit bestanden, daß es zu einem Freispruch kam, denn es fanden sich eine Anzahl

freisprechender Stimmen. Dies muß man aus dem anschließenden Prozessbericht des Dio über das Verfahren gegen Varro folgern, wo geschildert wird, daß auch in jenem Prozeß freisprechende Stimmen abgegeben wurden ⁶⁾.

Ob der Prozeß gegen M. Primus in das Jahr 22 v. Chr. fällt ⁷⁾, oder in das Jahr 23 v. Chr. ⁸⁾, ist von geringer Bedeutung.

Der Verteidiger des M. Primus, Licinus Murena, wie er bei Velleius ⁹⁾ und Dio ¹⁰⁾ genannt wird, Mitkonsul des Augustus, in den Fasten A. Terentius Varro benannt ¹¹⁾, wurde kurz darauf mit der quaestio de maiestate belangt, weil er sich zusammen mit einem Fannius Caepio auf eine Verschwörung gegen den Princeps eingelassen hatte. Seine unterschiedliche Benennung ist durch eine Adoption zu erklären. Licinius Murena, ein Sproß des Licinierhauses, wurde von einem Terentier adoptiert. Sein neuer Name dürfte A. Terentius Varro Murena gewesen sein ¹²⁾.

Wie es kam, daß sich Murena, der nach dem Zeugnis des Velleius "sine hoc facinore potuit videri bonus", zu der Aktion gegen seine Amtskollegen bereitfand, wie weit überhaupt die Pläne der Verschwörer gediehen waren, wissen wir nicht. Jedenfalls brachte es Tiberius, der in dem Prozeß als Ankläger auftrat, zu ihrer Verurteilung ¹³⁾. Die in Abwesenheit Verurteilten wurden kurz nach dem Urteilsspruch getötet ¹⁴⁾. Mommsen nimmt an, daß sie die interdictio mißachtet und einen Bannbruch begangen hätten ¹⁵⁾. Das ist aber bei der Schwere des Vergehens und dem Wissen der Verschwörer um die Folgen einer solchen Leichtfertigkeit, wie sie ein Bannbruch darstellt, unwahrscheinlich. Vielmehr wird Augustus sich der Verurteilten sofort nach dem Schuldspruch bemächtigt haben, sie zu töten, was ihm bei den ihm zu Gebote stehenden Machtmitteln angesichts der nunmehrigen Vogelfreiheit der Angeklagten ein leichtes war. Auch sprechen Macrobius ¹⁶⁾ und Strabo ¹⁷⁾ von einer Festnahme auf der Flucht, nicht nach der Rückkehr.

Augustus hat sich auch in diesem Falle politisch geschickt verhalten und hat bei seinem Vorgehen gegen den eigenen Amtskollegen mögliche Vorwürfe von Mächtigmißbrauch und Eigenherrlichkeit nicht aufkommen lassen; erst nach der gesetzmäßigen Verurteilung schlug er zu, das Recht war auf seiner Seite ¹⁸⁾.

Wichtig ist nun für die Entwicklung des Quaestionenverfahrens die sich an den geschilderten Doppelprozeß anknüpfende Änderung des Abstimmungsmodus. Weil sich nämlich auch hier freisprechende Stimmen fanden, brachte Augustus das Gesetz ein, daß in Prozessen gegen Abwesende offen abgestimmt werde ¹⁹⁾. Mit Rotondi ²⁰⁾ ist anzunehmen, daß die Vorlage des Gesetzes (*ἐνομοθέτης*) vor die Volksversammlung wahrscheinlich ist. Bezeugt wird es nirgends. Die von Dio angeführte Begründung dieser Maßnahme, die Richter sollten unter dem Druck der öffentlichen Meinung alle gegen den Angeklagten stimmen, dürfte schwerlich als Teil des Gesetzes selbst aufzufassen sein ²¹⁾. Nach Zumpt ²²⁾ soll es überhaupt an einer Abstimmung fehlen, der Magistrat allein das Urteil fällen. Für diese Behauptung findet sich bei Dio kein Anhalt, vielmehr spricht dieser

ausdrücklich von einer Stimmabgabe.

Diese für die Angeklagten ausgesprochen ungünstige Änderung des Quaestionenverfahrens wird Augustus durchgeführt haben, um der unter den Geschworenen etwa noch vorhandenen Opposition, die sich in freisprechenden Stimmen bei politischen Prozessen Luft machen konnte, Herr zu werden. Würde es doch kaum jemand wagen, offen gegen die erklärten Interessen des Princeps zu stimmen. Tat er es dennoch, so war er zumindest in seiner Haltung erkannt. Augustus selbst stellte die Maßnahme ausdrücklich als im Interesse des Staates liegend dar ²³⁾.

Die Wichtigkeit des Prozesses spiegelt sich auch darin wider, daß Opferfeste wie nach einem Siege stattfanden ²⁴⁾.

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL I

- 1) Grundlegende Literatur zu den julischen Prozeßgesetzen; Rudorff, Röm. Rg., S. 95; Wlassak, Röm. Prozeßges. I, S. 161 ff; Voigt, Leges Iuliae iud. priv. et publ.; Mommsen, StrR, S. 128; Girard, ZSSSt, Bd. 34, S. 295 ff; Rotondi, Leg. publ., S. 448;
 davon entscheidet sich Mommsen für Caesar als Autor der Gesetze, vgl. insbesondere StrR, S. 128 Anm. 1, S. 655 Anm. 2, und spricht sich für deren Einheit mit der julischen Gesetzgebung *de vi* aus, vgl. S. 129 Anm. 1, 3, 4; zu letzterer Frage vgl. oben S. 27 ff.
- 2) Macrobius, Sat., I, 10, 4: *sed Mallius ait eo qui se, ut supra diximus, Saturni nomine et religione defenderant per triduum festos instituisse dies et saturnalia vocavisse, unde et Augustus huius, inquit, rei opinionem secutus in legibus iudiciariis triduo servari ferias iussit.*
- 3) Macrobius, Sat., I, 10, 23: *ex edicto Augusti quo trium dierum ferias saturnalibus addixit.*
- 4) Sueton, Aug., 32: *ne quod autem maleficium negotiumque impunitate vel mora elaberetur, triginta amplius dies, qui honoraris ludis occupabantur, actui rerum accommodavit... ac plerisque iudicandi munus detrectantibus vix concessit, ut singulis decuriis per vices annua vacatio esset et ut solitae agi Novembri ac Decembri mense res ommitterentur.*
 Zum Begriff der Honorarspiele vgl. Hartmann, Ordo Iud., S. 143 ff - es muß sich um Spiele von Staats wegen, die zu bestimmten Terminen stattfanden, handeln.
- 5) Mod., Dig. XLVII, 14, 1, 4: *et si quis reus vel accusator domum iudicis ingrediatur, per legem Iuliam iudiciariam in legem ambitus committit, id est aureorum centum fisco inferre iubetur.*
- 6) Dio Cass., LIV, 18: *τοῖς δὲ δικάζειν αἰεὶ λαγχάνουσιν ἀπειπεν εἰς μηδενὸς δίκας τὸν ἐνιαυτὸν ἐκείνον ἐσιέναι.*
 Zu der Stelle vgl. S. 14 ff.

- 7) Callistrat., Dig. IV, 8, 41: cum lege Iulia cautum sit, ne minor viginti annis iudicare cogatur, nemini licere minorem viginti annis compromissarium iudicem eligere...

Ulp., De off. praet. tut., fragm. Vat. 197, 198: Item. An bello amissi a tutela excusare debeant? Nam et in fascibus sumendis et in iudicandi munere pro superstitibus habentur, ut lege Iulia de maritandis ordinibus de fascibus sumendis et publicorum capite XXVI item privatorum capite vicensimo VII de iudicando cavetur. Et puto constituendum ut et a tutelis excusent; proinde sive tres bello amiserit sive unum duosve, pro superstitibus cedent. 198. Item. Sed utrum soli filii et nepotes debent prodesse? Subsistendum, quoniam lex quidem privatorum capite XXVII 'ex se natus' appellat, lex vero publicorum capite XXVI liberorum facit mentionem. Puto tamen eandem esse aequitatem in nepotibus qui in locum filiorum succedunt quae est in filiis.

- 8) Sueton, Aug., 32: iudices a tricesimo aetatis anno adlegit, id est quinquennio maturius quam solebant.
- 9) Gaius, IV, 30, 31: ... itaque per legem Aebutiam et duas Iulias sublatae sunt istae legis actiones, effectumque est, ut per concepta verba, id est per formulas, litigaremus. 31. Tantum ex duabus causis permissum est lege agere, damni infecti et si centumvirale iudicium futurum est; sane quidem cum ad centumviros itur, ante lege agitur sacramento apud praetorem urbanum vel peregrinum; damni vero infecti nemo vult lege agere, sed potius stipulatione, quae in edicto proposita est, obligat adversarium suum, idque et commodius ius et plenius est.
- 10) a.Girard, ZSSSt. 34, S. 349: Gaius habe diese dritte legis actio schlechthin vergessen.
- 11) Paul., Dig. XL, 1, 14, 1: Imperator cum servum manumittit, non vindictam imponit, sed cum voluit, fit liber is qui manumittitur ex lege Augusti.
- 12) Sueton, Aug., 36: Auctor et aliarum rerum fuit, in quis... ut centumviralem hastam, quam quaesturam functi consueverant cogere decemviri cogere.
- Vgl. dazu Wlassak, Prozeßges. I, S. 178.

13) Vgl. zu a): Anm. 4

zu b): Sueton, Aug., 32: ad tris iudicum decurias quartam addidit inferiore censu, quae, ducenariorum vocaretur iudicaretque de levioribus summis,
und

Plin., h. n., XXXIII, 7, (1): Divo Augusto decurias ordinante maior pars iudicum in ferreo anulo fuit iique non Equites sed Iudices vocabantur, Equitum nomen subsistebat in turmis equorum publicorum. Iudicum quoque nonnisi quattuor decuriae fuere primo - pluribus discretas nominibus Tribunorum aeris et Selectorum et Iudicum.

zu c): Anm. 7 und 8

zu d): Anm. 4

zu e): Anm. 12

14) Dio Cass. LIV, 18: καὶ τοὺς ἐτήσιος ἀμισθὶ συναγορεύειν,
Vgl. zu b): Anm. 6 ἢ τετρατάσιον ὅσον ἂν λάρωσιν ἐκρίνειν,
ἐκέλευσε.

15) Vgl. zu a): Anm. 11

Vgl. zu b): Anm. 2 und 3.

16) Edict. Augusti de aquaed. Venafrano, Zeile 68: dum reciperatorum reiectio inter eum qui aget et eum quocum agetur ita fi (et ut ex lege q) uae de iudiciis privatis lata est, licebit oportebit.

17) Über den Ausschluß zweier weiterer Zitate, nämlich Dio Cass., XXXVIII, 7 und Cic., Phil., 1, 8, 19, siehe Girard, ZSt. 34, S. 303 Anm. 2, sowie Wlassak, Prozeßges. I, S. 168.

18) Zu a): Sueton, Caes., 41, 2: Iudicia ad duo genera iudicum redegit equestris ordinis ac senatorii; tribonus aerarios, quod erat tertium, sustulit. Dio Cass., XLIII, 25, 1: τὰ τε γὰρ δικάστηρια τοῖς τε βουλευταῖς καὶ τοῖς ἵπτεῦσι μόνοις ἐπέτρεψεν, ὅπως τὸ κατασώτατον ὅτι μάλιστα ἀεὶ δικάζοι.

Zu b): Sueton, Caes., 42, 3: Poenas facinorum auxit; et cum locupletes eo facilius scelere se obligarent, quod intergritis patrimoniis exulabant, parricidas, ut Cicero scribit, bonis omnibus, reliquos dimidia parte multavit.

19.) Vgl. Anm. 9.

- 20) Lex Col. Genet. LXI. . . Cui quis ita man) um inicere iussus erit, iudicati iure manus iniectio esto itque ei sine fraude sua facere liceto. . .
vgl. dazu Wlassak, Prozeßges. , I, S. 171.
- 21) Ascon. , in Scaur. , ed. Stangl, S. 18: Defenderunt Scaurum sex patroni, cum ad id tempus raro quisquam pluribus quam quattuor uteretur; at post bella civilia ante legem Iuliam ad duodenos patronos est perventum.
- 22) Vgl. Anm. 7.
- 23) Vgl. Rotondi, Leg. publ. , S. 443;
Girard-Senn, Manuel, S. 927 Anm. 7.
- 24) Vgl. Anm. 5.
- 25) Vgl. die Ausführungen zur lex ambitus, S. 20.
- 26) Vgl. oben S. 5 und Anm. 5 und Anm. 6.
- 27) Zur Datierung (Konsulat des C. Furnius und des C. Iunius Silanus: Dio Cass. , LIV, 18: ταῦτα μὲν ἐν ἐκείνῳ τῷ ἔτει ἐγένετο· ἐπὶ δὲ δὴ Γαίου τε Ψουρνίου καὶ Γαίου Σιλανοῦ ὑπᾶτων) vgl. Girard, ZSt. 34, S. 353 Anm. 1, der auch ältere Literatur zur Frage der Correlation des Modestin- und des Dio-Zitats anführt; ebenfalls mit diesen Argumenten für das Entstehungsjahr 17: Wlassak, Prozeßges. , I, S. 180; Rotondi, Leg. publ. , S. 448.
- 28) Edicta Augusti ad Cyrenenses V. Z. 116 ff: ἡ ὅς ἂν συνγενεῖαι ἢ οἰκηότητι τῆς οἰκῆς αὐτῶν (dem Angeklagten) ὥστε νόμῳ Ἰουλίῳ τῷ δικαστικῷ μαρτυρεῖν ἐπὶ δημοσίου δικαστηρίου (ἄ)κων μὴ ἀναγκάζεσθαι. . .
- 29) So Rudorff, Röm. Rg. , S. 95 Anm. 20; Voigt, Leg. Iul. iud. priv. et publ. , S. 486; Mommsen, Strafrecht, S. 128; Rotondi, Leg. publ. , S. 449; Girard, ZSt. 34, S. 339 ff;
ältere Literatur bei Girard, S. 339 Anm. 1 und Voigt, S. 486 Anm. 47.

- 30) Macrobius, Sat., I, 10, 4: vgl. Anm. 2;
Gaius, IV, 30: vgl. Anm. 9;
Ulpianus, fragm. Vat., 197, 198: vgl. Anm. 7.
- 31) So Temmink, ad fragmenta quaedam legis Iuliae de iudiciis, zitiert bei Girard, ZSSt. 34, S. 299 Anm. 1 und S. 339 Anm. 2 mit weiterer Literatur.
- 32) Wlassak, Prozeßges., I, S. 191 ff, II, S. 220 ff; ihm folgend; Rotondi, Leg. publ., S. 449.
- 33) Gaius, IV, 104: Legitima sunt iudicia, quae in urbe vel intra primum urbis Romae miliarium inter omnes cives Romanos sub uno iudice accipiuntur; eaque e lege Iulia iudiciaria, nisi in anno et sex mensibus iudicata fuerint, expirant. et hoc est, quod vulgo dicitur e lege Iulia litem anno et sex mensibus mori.
- 34) Girard, ZSSt. 34, S. 343 unten mit S. 344.
- 35) Kunkel, Röm. Kriminalverfahren, vgl. insbesondere S. 121 ff.
- 36) Kunkel, Röm. Kriminalverfahren, S. 121 Anm. 442;
vgl. ferner die Ausführungen im Kapitel zur lex Iulia de adulteriis coercendis, oben S. 23.
- 37) Macrobius, Sat., I, 10, 3; vgl. Hartmann, Ordo Iud., S. 117.
- 38) Macrobius, Sat., I, 10, 4: wie Anm. 2.
- 39) Sueton, Aug., 32, 1: wie Anm. 4.
- 40) Sueton, Aug., 32, 4: wie Anm. 4.
- 41) Sueton; Caligula, 17: et ut laetitiam publicam in perpetuum quoque augetet, adiecit diem Saturnalibus appellavitque Iuvenalem.
- 42) Girard, ZSSt. 34, S. 320 Anm. 2 a. E.; vgl. ferner Voigt, Leg. Iul., S. 507 Anm. 122.
- 43) Sueton, Aug., 32, 4: wie Anm. 4.

44) Sueton, Aug., 32: wie Anm. 13.

45) Ebenso: Kunkel, RE XXIV, S. 773, unter Berufung auf die Germanicus-Inschrift von Magliano Z. 8, bei Nesselhauf, Historia 1, 1950, S. 106: Inq (ue) is omnib[us senatores item (que) equi]tes omnium decuriarum, quae iudicior (um) publicor (um) caussa constitutae sunt erun[t suffragium ferant.

Vgl. ferner die gleiche Ausdrucksweise in Z. 13. Abl. Kübler, RE VI, 1, S. 300 und (für die ducenarii) Girard, ZSt. 34, S. 308 und 371.

46) Plin., h. n., XXXIII, 30: ... vix singula milia in decuriis inventa sunt nondum provinciis ad hoc munus admissis...

46a) Dio Cass., LIV, 13, 14;

Sueton, Aug., 35; vgl. Siber, Röm. Verfassungsrecht, S. 361.

47) Cicero, pro Cluent., 43, 121: praetores urbani iurati debent optimum quemque in lectos iudices referre.

Vgl. im einzelnen: Mommsen, Staatsrecht, III, 1, S. 529 ff.

48) Nachweise bei: Mommsen, Staatsrecht, III, 1, S. 536 Anm. 5; - s. insbesondere Sueton, Aug., XXIX decuriasque iudicum recognovit; Plinius, h. n., XXIX, 1, 18: divo Augusto decurias ordinante und Plinius, h. n., XXXIII, 7, (1); wie Anm. 13.

49) Sueton, Aug., 37: ... nova officia excogitavit... triumviratum legendi senatus et alterum recognoscendi turmas equitum, ...

Tacitus, Ann., III, 30, 1: ... censoria etiam potestate legendis equitum decuriis functus...

50) Vgl. Anm. 16.

51) Steinwenter, RE IX, S. 2473: "iudex".

52) v. Premierstein, ZSt. 48, S. 453.

53) Edicta Aug. ad Cyrenenses I, Z. 21 ff.

54) Plin., h. n., XXIX, 18: decuriae pro more censuris principum examinantur ... et qui de nummo iudicet a Gadibus columnisque Herculis arcessitur, de exilio vero non nisi XLV electis viris datur tabella. And. Ans. Mommsen, Strafrecht, S. 211 Anm. 1; doch spricht nichts für seine Auslegung der Stelle.

- 55) Die Geschworenenzahlen einzelner überlieferter Prozesse in der ausgehenden Republik waren höchst unterschiedlich. Als Normalzahl zur Zeit der Drei-Dekurien-Ordnung hat Mommsen die Zahl 3 mal 17 = 51 Geschworene erschlossen (vgl. Mommsen, Strafrecht, S. 218 f). Diese Zahl läge dicht bei der im Edikt von Kyrene genannten Zahl 50. Nur scheint die von Mommsen ermittelte Zahl die endgültige Mindestzahl gewesen zu sein, während die im Edikt von Kyrene genannte Zahl durch *reiectio* noch auf 45 reduziert werden konnte.

Vgl. zu der Problematik der Geschworenenzahlen vor Augustus; Mommsen, Strafrecht, S. 218 ff;

Stroux-Wenger, Aug.-Inscript, S. 103;

Kunkel, Art. *quaestio*, RE XXIV, S. 755.

- 55a) Cic., Verr. act. II 2, 77: *de se homines si qui extra istum ordinem sunt, quibus ne reiciundi quidem amplius quam trium iudicum praeclarae Corneliae faciunt potestatem, hunc hominem tam crudelem tam sceleratum tam nefarium nolunt iudicare.*
- 56) Sueton, Aug., 29: ... *festinatus necdum perfecta Martis aede publicatum est cautumque, ut separatim in eo (foro) publica iudicia et sortitiones iudicum fierent.*
- 57) Haenel, Corpus Legum, S. 3.
- 58) Sueton, Aug., 32, 3: wie Anm. 8.
- 59) Lex Acilia rep., Z. 13.
- 60) Paul., Dig. V, 1, 78: *quippe iudicare munus publicum est.*
- 61) Ulp., Dig. XLII, 1, 57: *Quidam consulebat, an valeret sententia a minore viginti quinque annis iudice data, und Ulp., Dig. L, 4, 8: Ad rem publicam administrandam ante vicensimum quintum annum, vel ad munera quae non patrimonii sunt vel honores, admitti minores non oportet.*
- 62) Rudorff, Röm. Rg., S. 95; Rotondi, Leg. publ., S. 449; Wlassak, Prozeßges., I, S. 176; Girard, ZSSt. 34, S. 317, Anm. 1; weitere Literatur bei v. Premierstein, ZSSt. 48, S. 451.
- 63) Mommsen, Staatsrecht, III, 1, S. 537 Anm. 5 und S. 534 Anm. 1.

- 64) Edicta Aug. ad Cyrenenses I, Z. 13 ff: *δοκοῦσί μοι καλῶς καὶ τροσὴκῶτα τοιῆσειν οἱ τὴν κρητικὴν καὶ κυθηναϊκὴν ἑταρχίαν καθέξοντες τροσιθέντες ἐν τῇ κατὰ κυθήμην ἑταρχίᾳ τὸν ἴσον ἀριθμὸν Ἑλλήνων κριτῶν ἐκ τῶν μερίστων τιμημάτων ὅσον καὶ Ῥωμαίων, μη(δ)ένα νεώτερον τέντε καὶ εἴκοσι ἑτῶν, μήτε Ῥωμαίων μήτε Ἑλλήνων...*
- 65) v. Premierstein, ZSt. 48, S. 451 und 452.
- 66) Voigt, Leg. Iul. iud. priv. et publ., S. 524 Nr. 2, S. 517 Nr. 4.
- 67) Callistrat., Dig. IV, 8, 41: cum lege Iulia cautum sit, ne minor viginti annis iudicare cogatur, nemini licere minorem viginti annis compromissarium iudicem eligere; ideo poena ex sententia eius nullo modo committitur. Maiori tamen viginti annis, si minor viginti quinque annis sit, ex hac causa succurrendum, si temere auditorium receperit, multi dixerunt.
- 68) Ulp., fragm. Vat., 197, 198: wie Anm. 7.
- 69) Dio Cass., LIV, 18: wie Anm. 6.
- 70) Gleicher Ans.: Voigt, Leg. Iul. iud. priv. et publ., S 525 Anm. 189; Wlassak, Prozeßges. I, S. 180; Girard, ZSt. 34, S. 315 Anm. 1.
- 71) Girard, ZSt. 34, S. 315 Anm. 1 Mitte.
- 72) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 4: wie Anm. 5.
- 73) Venuleius Saturninus, Dig. XLVIII, 2, 12, 2: Lege Iulia iudiciorum publicorum cavetur, ne eodem tempore de duobus reis quis quereretur nisi suarum iniuriarum causa.
- 74) Macer, Dig. XLVIII, 2, 8: prohibentur accusare... qui duo iudicia adversus duos reos subscripta habent
Pap., Dig. XLVIII, 5, 6, 3: maritus etsi duo reos ex alio crimine habeat, poterit iure viri tertium accusare, quoniam ea causa non cedit in numerum ceterarum
Cod. IX, 1, 16: Imperatores Diocletianus et Maximinianus AA. et CC. Callitycho. Cum rationibus iuris congruit desiderium tuum postulantis

accusationem tertiam ei qui duos reos delatos habet non permitti contra legis praescripta, nisi suas suorumque iniurias quis persequatur.

- 75) Girard, ZSSt. 34, S. 330 Anm. 1 a. E. (Girard spricht versehentlich von Marcian).
- 76) Zumpt, Crim. R. II, 2, S. 47; Voigt, Leg. Iul. iud. priv. et publ., S. 522 Anm. 179.
- 77) Macer, Dig. XLVII, 15, 3, 1: Nam si reus accusatori publico iudicio ideo praescribat, quod dicat se eodem crimine ab alio accusatum et absolutum, cavetur lege Iulia publicorum, ut non prius accusetur, quam de prioris accusatoris praevaricatione constiterit et pronuntiatum fuerit.
- 78) Vgl. Mommsen, Strafrecht, S. 501 ff.
- 79) Paul., Dig. XLVIII, 2, 3, pr.: Libellorum inscriptionis conceptio talis est. Consul et dies. Apud illum praetorem vel proconsulem Lucius Titius professus est se Maeviam lege Iulia de adulteriis ream deferre, quod dicat eam cum Gaio Seio in civitate illa, domo illius, mense illo, consulibus illis adulterium commisisse utique enim et locus designandus est, in quo adulterium commissum est, et persona, cum qua admissum dicitur, et mensis: hoc enim lege Iulia publicorum cavetur et generaliter praecipitur omnibus, qui reum aliquem deferunt.
- Der Ankläger wird vielleicht schon zur Zeit des Augustus neben seiner mündlichen Anschuldigung vor dem Magistrat, um diesen zu unterstützen und die Eintragung des Angeschuldigten in die Liste der Angeklagten zu erleichtern, auch eine knappe schriftliche Formulierung der Anklage übergeben haben. Eine förmliche Anklageschrift war dies nicht. Anderer Ansicht ist Wlassak, Anklage und Streitbefestigung, S. 11 ff, der glaubt, die lex Iulia habe die schriftliche Anklage eingeführt. Seiner Meinung ist entgegenzuhalten, daß Paulus die lex Iulia publicorum nicht auch als Grundlage des Einleitungssatzes der genannten Digestenstelle zitiert, daß die lex Iulia also nach Paulus nur vorschrieb, in welcher Hinsicht die Tat in der Anklage näher zu umreißen war. Die Digestenstelle läßt mithin völlig offen, ob dies zur Zeit des Augustus in einer förmlichen Anklageschrift zu geschehen hatte.
- 80) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 4; wie Anm. 5.

- 81) Macer, Dig. XLVIII, 2, 8: ... prohibentur accusare alii propter sexum vel aetatem, ut mulier, ut pupillus; alii propter sacramentum, ut qui stipendium merent; alii propter magistratum potestatemve, in qua agentes sine fraude in ius evocari non possunt; alii propter turpem quaestum, ut qui duo iudicia adversus duos reos subscripta habent nummosve ob accusandum vel non accusandum acceperint. . .
- 82) Voigt, Leg. Iul. iud. priv. et publ., S. 519 Anm. 165.
- 83) Ven. Saturn., Dig. XLVIII, 2, 12, 2; wie Anm. 73.
- 84) Pap., Dig. XLVIII, 2, 2, pr.: wie Anm. 88.
- 85) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 4; wie Anm. 5
- 86) Ascon., in Scaur., ed. Stangl, S. 18; wie Anm. 21.
- 87) Dio Cass., LIV, 18; wie Anm. 14. Daß der Bericht sich auf die lex Iulia iud. publ. bezieht, ist mit Wahrscheinlichkeit daraus zu folgern, daß Dio gleich anschließend mit dem Besuchsverbot für - ausgeloste - Richter eine Bestimmung dieses Gesetzes nennt.
Vgl. dazu Anm. 6 und Anm. 69 mit den dazu gemachten Ausführungen im Text.
- 88) Paul. et Pap., Dig. XXII, 5, 4: Lege Iulia iudiciorum publicorum cavetur, ne invito denuntietur, ut testimonium litis dicat adversus socerum generum, vitricum privignum, sobrinum sobrinam, sobrino sobrina natum, eosve qui priore gradu sint, item ne liberto ipsius, liberorum eius, parentium, viri uxoris, item patroni patronae; et ut ne patroni patronae adversus liberos neque liberti adversus patronum cogantur testimonium dicere.
Vgl. dazu Edicta Aug. ad Cyrenenses V, Z. 116 ff;
wie Anm. 28;
ferner: Paul., Dig. XXXVIII, 10, 10, pr.: lege iudiciorum publicorum contra affines et * cognatos testimonium inviti dicere non cogimur (*cognatos: ~~BS~~, agnatos: F),
und: Pap., Dig. XLVIII, 2, 2, pr.: certis ex causis concessa est mulieribus publica accusatio, veluti si mortem exequantur eorum aerumque in quos ex lege * testimonium publicorum invitae non dicunt.
* testimonium gehört sinnvollerweise vor oder hinter die Wörter ex lege publicorum.

- 89) Pap., Dig. XLVIII, 3, 2, pr.: si servus capitali crimine postuletur, lege publicorum cavetur ut sistendum (Lenel: vadimonium) vel a domino vel ab extero satisdato promittatur; quod si non defendatur, in vincula publica coici iubetur, ut ex vinculis causam dicat - § 1 ... et lex ipsa prohibet eum absolvi, priusquam de eo iudicetur.
- 90) Voigt, Leg. Iul. iud. priv. et publ., S. 523 Anm. 183; und: Cod. IX, 2, 3; Imperator Alexander A. Stephanidi. Reos capitalium criminum absentes etiam per procuratorem defendi leges publicorum iudiciorum permittunt.
- 91) Macrobius, Sat. I, 10, 4: wie Anm. 2.
- 92) Sueton, Aug., 32: wie Anm. 4.
- 93) Vgl. Lex Latina Tabulae Bantinae, Z. 1-6, die durchgängig derart aufgebaut sind;
ferner: Lex Acilia repetundarum, Z. 30 (nei quid advorsus h. l. fiat).

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL II

- 1) Vgl. Mommsen, Strafrecht, S. 865 und S. 668 Anm. 3, der auf Polybios, 6, 56 verweist: *παρὰ μὲν Καρχηδονίοις δῶρα φανερώς διδόντας λαμβάνουσι τὰς ἀρχάς, παρὰ δὲ Ῥωμαίοις θάνατός ἐστι περὶ τοῦτο πρῶστιμον.*
- 2) Vgl. hierüber Rein, Criminalrecht, S. 707 - 718, und Mommsen, Strafrecht, S. 874.
- 3) Cic., ad Att., IX, 14; X, 4.
- 4) Tac., Ann., I, 2 a. E.: neque provinciae illum statum rerum abnuebant, suspecto senatus populi que imperio ob certamina potentium et avaritiam magistratum, invalido legum auxilio, quae vi ambitu, postremo pecunia turbabantur.
- 5) Vgl. Sueton, Aug., 34: Leges retractavit et quasdam ex integro sanxit. ut... de ambitu, de maritandis ordinibus. hanc cum aliquanto severius quam ceteras emendasset, ...
sowie: Dio Cass., LIV, 16: wie Anm. 17, und Mommsen, Staatsrecht, II, 2, S. 882.

- 6) Vgl. Rein, Criminalrecht, S. 720 und Mommsen, Strafrecht, S. 867 Anm. 7.
Zur Frage der tribunicia potestas als Grundlage der augusteischen Tätigkeit als Gesetzgeber vgl. aus der neueren Literatur: Chilver, Augustus and the Roman Constitution, 1939-1950, Hist. I, S. 408 (433); Salmon, The Evolution of Augustus' Principate, Hist. V, S. 456 (468).
- 7) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 1 und 4;
Inst. IV, 18, 11 (keine kapitale Bestrafung:) sunt praeterea publica iudicia lex Iulia ambitus et ..., quae de certis capitulis loquuntur et animae quidem amissionem non irrogant, aliis autem poenis eos subiciunt, qui praecpta earum neglexerint.
Vgl. ferner: Girard, ZSSt. 34, S. 304 Anm. 3, und Berger, RE XII, 2, S. 2365.
- 8) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 1 und 4.
- 9) Vgl. Berger, RE XII, 2, S. 2365.
- 10) Dio Cass., LV, 5: τοὺς δὲ δὴ σπουδαρχιώτας χρημάτων, πρὸ τῶν ἀρχαιγεσιῶν ὥστες τι ἐνέχυρον τρεψήτησεν, ἐπὶ τῷ μηδὲν τοιοῦτο αὐτοὺς ποιῆσαι ἢ στεγῆθηναι καὶ δεδομένων.
- 11) Dig. XLVIII, 14; Cod. Th. IX, 26;
Paul. Sent., V, 30 A.
- 12) Tac., Ann., XV, 20: Paetus Thrasea vor dem Senat: usu probatum est, paures conscripti, leges egregias, exempla honesta apud bonos ex delictis aliorum gigni, sic...
candidatorum ambitus Iulias leges ... peperunt.
- 13) Rein, Criminalrecht, S. 720; Haenel, Corp. leg., S. 9 und S. 16; Gaddi, Cronologia ecc., zit. bei Rotondi, Leg. publ., S. 443.
- 14) Girard, ZSSt 34, S. 305.
- 15) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 4: Et si quis reus vel accusator domum iudicis ingrediatur, per legem Iuliam iudiciariam in legem ambitus committit, id est aureorum centum fisco inferre iubetur.

- 16) Lenel, Palingen., Mod. frg. 160; zust. Berger, RE XII, 2, S. 2367; abl. Girard, wie Anm. 14.
- 17) Dio Cass., LIV, 16: 'Ο δ' οὖν Ἀρχοντος ἀλλὰ τε ἐνομοθέτης, καὶ τοὺς δεκάσαντάς τινες ἐπὶ ταῖς ἀρχαῖς ἕς πεντε² ἔτη αὐτῶν εἰσέξε.

- 18) Paul. Sent., V, 30a: petiturus magistratum vel provinciae sacerdotium si turbam suffragiorum causa conduxerit, servos advocaverit, aliamve quam multitudinem conduxerit, convictus ut vis publicae reus in insulam deportatur.

Über Eigenart und Entwicklung der aqua et igni interdictio vgl. Kunkel, RE XXIV, S. 719 ff, Kap. VIII, N. 5.

Die aqua et igni interdictio war wohl seit alters eine förmliche Friedloslegung des kapital Bestraften durch den Magistrat nach dem Schuldspruch, um den Verurteilten dem Schutz seiner Sippe zu entziehen und seine Bestrafung in der Form der Blutrache zu ermöglichen. Später wurde die aqua et igni interdictio dann mehr und mehr zum Mittel, dem Verurteilten das Exil zu eröffnen und ihm so die Möglichkeit einzuräumen, sich der Vollstreckung der Kapitalstrafe zu entziehen. Im weiteren Entwicklungsstadium wird dann dieser Vorgang immer mehr als die eigentliche Strafe angesehen worden sein, und es kam schließlich zur Ausformung der Verbannungsstrafen

(relegatio, deportatio), die eine endgültige Abschwächung und Milderung der Kapitalstrafe bedeuten.

- 19) Girard, Vorlesungen, zit. bei Berger, RE XII, 2, S. 2367.
- 20) Berger, wie Anm. 19.
- 21) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 2.
- 22) Plin., Ep., VI, 5, 2: addidit etiam petendum a consulibus, ut refferrent sub exemplo legis ambitus de lege repetundarum, an placeret in futurum ad eam legem adici, ut sicut accusatoribus inquirendi testibusque denunciandi potestas ex ea lege esset, ita reis quoque fieret.
- 23) Tac., Ann., I, 15.
- 24) Tac., Ann., I, 81; II, 34; IV, 2; XIII, 29; XIV, 50; XV, 21.

- 25) Plin., Ep., VI, 19, 4: nam sumptus candidatorum, foedos illos et infames, ambitus lege restrinxit.
- 26) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, pr.
- 27) Cod. Th., IX, 26; Cod., IX, 26; Theoph. Inst. IV, 18, 11:
κατὰ τῶν χρημάτων δόντων τοῖσιν ἐπὶ τῷ τυχεῖν
αὐτοὺς ἀρχῆς
- 28) Cod. Th., IX, 26: amissis bonis et fisco nostro protinus vindicatis deportationis multetur exilio.
- 29) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 1.
- 30) Mod., Dig. XLVIII, 14, 1, 3.
- 31) Vgl. Berger, RE XII, 2, S. 2366.
- 32) Paul., Dig. XLVIII, 6, 12; vgl. dazu Mommsen, Strafrecht, S. 663 Anm. 3 und Berger, wie Anm. 31.

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL III

- 1) Vgl. Dio Cass., LIV, 16: Ὁ δ' οὖν Αὐγουστος ἄλλα τε ἐνομοθέτησε, ... τοῖς τε ἀγάμοις καὶ ταῖς ἀνάνδρους βαρύτερα τὰ ἐπιτίμια ἐπέταξε καὶ ἔμπαλιν τοῦ τε γάμου καὶ τῆς παιδοποιίας εὖθλα ἐθήκεν....
Sueton, Aug., 34: Leges retractavit et quasdam ex integro sanxit, ut... de adulteriis et de pudicitia, ... de maritandis ordinibus
E. Weiss, RE XII, 2, S. 2363 erklärt die lex de adulteriis für ein Kapitel der lex de maritandis ordinibus; anders die herrschende Meinung: vgl. Rotondi, Leg. publ., S. 445; Kunkel, RE XXIV, S. 770.
- 2) Zum Begriff des lenocinium vgl. im einzelnen: Mommsen, Strafrecht, S. 699 ff und die Aufzählungen bei Tryphoninus, Dig. IV, 4, 37, 1 und Ulp., Dig. XLVIII, 5, 2, 2 ff.
- 3) Zur Abgrenzung des erfaßten Personenkreises vgl. im einzelnen Mommsen, Strafrecht, S. 691 ff.

- 4) Pap., Dig. XLVIII, 5, 6, 1; Mod., Dig. L, 16, 101 pr.
- 5) Kunkel, Kriminalverfahren, S. 121, Anm. 442.
- 6) Paul., Coll. IV, 2, 2: Et quidem primum caput legis Iuliae de adulteriis prioribus legibus pluribus obrogat.
- 7) Zu der Interpretation zweier weiterer Quellen, die in diesem Zusammenhang Beachtung verdienen, nämlich ad Herennium 4, 8, 12 und Liv., 8, 22, 3, die die Schändung einer mater familias als Verbrechen behandeln, vgl. Kunkel, Kriminalverfahren, S. 122, 123.
- 8) Mommsen, Strafrecht, S. 689; ihm folgend die gesamte Literatur.
- 9) Grundlegend und ausführlich in der Auseinandersetzung mit Mommsen: Kunkel, Kriminalverfahren, S. 121 ff.
- 10) So Kunkel, Kriminalverfahren, S. 123; an der Existenz eines Privatanklageverfahrens überhaupt im älteren römischen Recht wird nach den Untersuchungen Kunkels jedenfalls nicht mehr zu zweifeln sein. Man vergleiche zusammenfassend Kriminalverfahren, Kap. XVI, S. 130 ff.
- 11) Paul., Coll. IV, 2; Pap., Coll. IV, 7, 1; Dig. XLVIII, 5, 21-25; vgl. Mommsen, Strafrecht, S. 624, Anm. 3.
- 12) Pap., Coll. IV, 9, 1; Ulp., Dig. XLVIII, 5, 24, 4 und Macer, Dig. XLVIII, 5, 33, pr.; vgl. Mommsen Strafrecht, S. 624, Anm. 4.
- 13) Paul., Coll. IV, 3 und IV, 10 (Pap.); Pap., Dig. XLVIII, 5, 23, 4; Paul. Sent., II, 26, 4.
- 14) Paul. Sent., II, 26, 3: Rursusque capite quinto legis Iuliae cavetur, ut adulterum deprehensum viginti horis ad testandos vicinos retinere liceat.
Desgl. Ulp., Dig. XLVIII, 5, 26, pr.
- 15) Gleicher Ansicht: Kunkel, Kriminalverfahren, S. 122, Anm. 444 und Mommsen, Strafrecht, S. 624, dem Kunkel am angegeb. Ort wohl zu Unrecht die gegenteilige Äußerung unterstellt; Mommsen hat seine auf S. 624 geäußerte gleichlautende Meinung nur auf S. 689, Anm. 1 in Zweifel gezogen.

- 16) Gleicher Ansicht: Kunkel, Kriminalverfahren, S. 121, Anm. 442 und S. 122, Anm. 444.
 Anderer Ansicht: insoweit Mommsen, Strafrecht, S. 625, Anm. 1.
 Die Quelle Cato bei Gellius 10, 23: in adulterio uxorem tuam si prehensisses, sine iudicio impune necares, dürfte sich indes nur auf den Gewalt-haber bezogen haben.
- 17) Pap., Dig. XLVIII, 5, 12, 10: ignorare non debuisti durante eo matrimonio in quo adulterium dicitur esse commissum, non posse mulierem ream adulterii fieri; sed nec adulterum interim accusari posse.
 Ebenso: Ulp., Dig. XLVIII, 5, 27, pr.; Cod. IX, 9, 11; a.: Pap., Dig. XLVIII, 5, 40, 1; Cod. Th., IX, 7, 2,
- 18) Ulp., Dig. XLVIII, 5, 27, pr.: ... probatam enim a marito uxorem et quiescens matrimonium non debet alius turbare atque inquietare, nisi prius lenocinii maritum accusaverit.
 Zur Unterlassung der Scheidung als lenocinium vgl. Ulp., Dig. XLVIII, 5, 2, 2; ... 'qui in adulterio deprehensam retinuerit', und Tryphoninus, Dig. IV, 4, 37, 1: si in adulterio deprehensam uxorem non dimiserit.
- 19) Scaevola, Dig. XLVIII, 5, 12, 2: Marito primum, vel patri eam filiam, quam in potestate habet, intra dies sexaginta divortii accusare permittitur nec ulli alii intra id tempus agendi potestas datur;
 Ulp., Dig. XLVIII, 5, 2, 8: Si simul ad accusationem veniant maritus et pater mulieris, quem praeferri oporteat, quaeritur, et magis est, ut maritus praeferatur.;
 weitere Belege bei Mommsen, Strafrecht, S. 697, Anm. 1.
- 20) Paul., Coll. IV, 5 [zit. Pap.] : 'Civis Romanus, qui sine cunubio civem vel peregrinam in matrimonio habuit, iure quidem mariti eam adulteram non postulat.
 Ulp., Dig. XLVIII, 5, 14 pr. et 1: Si uxor non fuerit in adulterio, concubina tamen fuit, iure quidem mariti accusare eam non poterit, quae uxor non fuit, iure tamen extranei accusationem instituere non prohibebitur ... Plane sive iusta uxor fuit sive iniusta, accusationem instituere vir poterit ...
- 21) Mommsen, Strafrecht, S. 494.

- 22) Einerseits: Paul., Coll. IV, 4, 1: Qui iure mariti vel patris accusat, potest et sine calumniae poena vinci.

Tryphonius, Dig. IV, 4, 37, 1: Sed et in sexaginta diebus praeteritis, in quibus iure mariti sine calumnia vir accusare mulierem adulterii potest. . . andererseits: Scaevola, Dig. XLVIII, 5, 15, 3: Iure mariti qui accusant, calumniae periculum non evitant.

Paul., Dig. XLVIII, 5, 31, pr.: Pater sine periculo calumniae non potest agere.

Ulp., Dig. XLVIII, 5, 16, 6: . . . sane si iuvenali facilitate ductus vel etiam fervore aetatis accensus ad accusationem prosilit, accusanti ei non facile calumniae poena irrogabitur.

Vgl. ferner Cod. Th. IX, 7, 2 wie Cod. IX, 9, 29; Cod. IX, 9, 16 1.

- 23) Ulp., Dig. XLVIII, 5, 16, 6: Lex Iulia de adulteriis specialiter quosdam adulterii accusare prohibet, ut minorem annis viginti quinque . . . quod ita verum est, si non matrimonii sui iniuriam exequatur . . . nec enim ulla praescriptio obicitur suam iniuriam vindicanti.

Inwiefern die letztere allgemein gehaltene Aussage auch für die übrigen ausgeschlossenen Personen galt, läßt sich nicht sagen.

- 24) Ulp., Dig. XLVIII, 5, 16, 7: Praescriptiones, quae obici solent accusantibus adulterii, ande solent tractari, quam quis inter reos recipiatur; ceterum posteaquam semel receptus est, non potest praescriptionem obicere.

- 25) Ulp., Dig. XLVIII, 5, 16, 9: Si quis et adulterum et adulteram simul detulit, nihil agit poteritque, quasi neutrum detulerit, rursus a quo velit initium facere, quia nihil agit prima delatione.

(Der quasi - Satz, vielleicht auch das Ende ab quia ist wegen der Häufung gleichlautender Begründung wahrscheinlich interpoliert; das ändert aber nichts an der sachlichen Aussage).

Vgl. ferner: Ulp., Dig. XLVIII, 5, 18, 6; Macer, Dig. XLVIII, 5, 33, 1; Pap., Dig. XLVIII, 5, 40, 6; Marc., Dig. XLVIII, 16, 1, 10; Cod. IX, 9, 8.

- 26) Ulp., Dig. XLVIII, 5, 2, pr.: Ex lege Iulia servatur ut, cui ne necesse est ab adultero incipere, quia mulier ante denuntiationem nupsit, non alias ad mulierem possit pervenire, nisi reum peregerit.

Vgl. ferner: Pap., Dig. XLVIII, 5, 12, 11; Ulp., Dig. XLVIII, 5, 18, 6;

Nach Anklageerhebung konnte eine Ehebrecherin nicht mehr heiraten: Mod., Dig. XXIII, 2, 26: Respondit reas adulterii factas nec ante damna-

tionem vidente marito uxores duci posse.

- 27) Pap., Dig. XLVIII, 5, 12, 4: Adulterii reum ... defuncta quoque muliere postulari posse palam est.
Ulp., Dig. XLVIII, 5, 20, pr.: adulter diem suum obierit, constitutum est etiam mortuo adultero sine praescriptione mulierem posse accusari.
- 28) Ulp., Dig. XLVIII, 5, 30, 5-8; weitere Belege bei Mommsen, Strafrecht, S. 698, Anm. 2, 3 und 4.
- 29) Ulp., Dig. XLVIII, 5, 16, 1: Legis Iuliae de adulteriis capite septimo ita cavetur: 'ne quis inter reos referat eum, qui tum sine detractatione rei publicae causa aberit': ...
- 30) Ulp., Dig. XLVIII, 5, 16, 2: Necessario adicitur 'sine detractatione': ceterum si quis evitandi criminis id egit, ut rei publicae causa abesset, nihil illi commentum hoc proficiat.
- 31) Paul. Sent., II, 26, 14; Inst. IV, 18, 4.
Die hier angeführte Bestrafung mit dem Schwert mag allenfalls für Sklaven gegolten haben, vgl. Kunkel, RE XXIV, S. 770
Im übrigen vgl. zum Strafsystem der lex Iulia de adulteriis; Sehling, ZStSt. IV, S. 160 ff; zur weiteren Entwicklung der Strafen bis ins mittelalterliche Recht vgl. Welsch, Bestrafung des Ehebruchs.
- 32) Daß die relegatio im julischen Gesetz enthalten war, ist allgemeine Meinung, vgl.: Corsanego, La Repressione Romana dell' Adulterio, S. 20; Rotondi, Leg. publ., S. 446; Sehling, Strafsystem, ZStSt. IV, S. 160 ff; Mommsen, Strafrecht, S. 698; Strachman-Davidson, Roman Criminal Law, Bd. II, S. 66, Anm. 4; Kunkel, RE XXIV, S. 770; -
anderer Ansicht: Brasiello, La repressione penale in diritto romano, S. 94 ff. Die Kritik Brasiellos an den Quellen überzeugt nicht; daß die relegatio als Strafe für adulterium und stuprum dem Zeitempfinden entsprach, beweist schon das Vorgehen des Augustus mit der relegatio gegenüber seiner eigenen Tochter, vgl. Seneca, de beneficiis 6, 32: D. Augustus filiam ultra impudicitiae maledictum impudicam relegavit ... admissos gregatim adulteros, pererratam nocturnis comessionibus civitatem, forum ipsum ac rostra, ex quibus pater legem de adulteriis tulerat, filiae in stupro placuisse.
Zu dem Fall der Julia siehe ferner oben Kap. VI, S. 31 u.

- 33) Pap., Dig. XXII, 5, 14; Paul., Dig. XXII, 5, 18;
Ulp., Dig. XXVIII, 1, 20, 6.
- 34) Tryphoninus, Dig. IV, 4, 37, 1: ... veluti si adulterii damnatam sciens uxorem duxerit.
Weitere Belege bei Mommsen, Strafrecht, S. 700, Anm. 7. -

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL IV

- 1) Vgl. Mommsen, Strafrecht, S. 851, Anm. 1.
- 2) Macer, Dig. XLVIII, 1, 1: nennt unter den legibus iudiciorum publicorum, die iudicia publica einföhrten auch die lex Iulia de annona; ferner Inst. IV, 18, 11: Sunt praeterae publica iudicia... et lex Iulia de annona...
- 3) Ulp., Dig. XLVIII, 12, 2: Lege Iulia de annona poena statuitur adversus eum, qui contra annonam fecerit societatemve coierit, quo annona carior fiat. Eadem lege continetur, ne quis navem nautamve retineat aut dolo malo faciat, quo magis detineatur; et poena viginti aureorum statuitur; vgl. ferner: Theophil. Inst. IV, 18, 11: *Ὁ Ἰούλιος ὁ de annona ὅστις τιμωρεῖται τοὺς τὸν σῖτον ἤχουν τῇ ἐυθυγνίᾳ τὴν φερομένην ἐπὶ τὴν βασιλεύουσαν πόλιν ἀποστρέφοντες εἰς ἑτέρους τόπους.*
- 4) Berger, RE XII, 2, S. 2365.
- 5) Marc., Dig. XLVIII, 2, 13: Mulierem propter publicam utilitatem ad annonam pertinentem audiri a praefecto annonae deferentem divus Severus et Antoninus rescripserunt. famosi quoque accusantes sine ulla dubitatione admittuntur. milites quoque, qui causas alienas deferre non possunt, qui pro pace excubant, vel magis ad hanc accusationem admittendi sunt. servi quoque deferentes audiuntur; ferner: Marc., Dig. XLVIII, 12, 1 und Papirius Iust., Dig. XLVIII, 12, 3, 1.
- 6) Zustimmung: De Dominicis, Intorno al carattere postclassico della l. 7 § 2 Dig. ad legem Iuliam maiestatis XLVIII, 4, S. 4.
- 7) Dazu Mommsen, Strafrecht, S. 852, Anm. 3 und S. 274.

- 8) Übernahme der cura annonae: Mon. Anc. , I, 33; Mon. Anc. , gr. , III, 5; Dio Cass. , LIV, 1; weitere Regelung der damit befaßten Magistratur: Dio Cass. , LIV, 17; persönliche Zahlungen zur Deckung des Getreidebedarfs: Sueton, Aug. , 41, 2; Mon. Anc. , III, 40.
- 9) Sueton, Iul. Caesar, 41, 3; näheres bei Groebe, RE X, 1, S. 246.
- 10) Dio Cass. , XLIII, 51; dazu Mommsen, Staatsrecht II, 2, S. 1037.
- 11) Haenel, Corp. leg. , S. 17 entscheidet sich für das Jahr 8, ohne Begründung; Rotondi, Leg. publ. , S. 448, nimmt das Jahr 18 als Entstehungszeit an. Allerdings vermag die von ihm zitierte Stelle Dio Cass. , LIV, 1 diese Annahme nicht zu stützen. Dort ist von der magistratischen Vertretung des Augustus zur Durchführung seiner mit der cura annonae verbundenen Aufgaben die Rede, nicht von einem Strafgesetz. Vgl. dazu Mommsen, Staatsrecht II, 2, S. 1039, 1040.
 Weiss, RE XII, 2, S. 2364 nennt Augustus als Autor, weil in Macer, Dig. XLVIII, 1, 1 die lex Iulia de annona unter den iulicia publica ist, die legibus iudiciorum publicorum eingeführt wurden; das spräche für einen Zusammenhang mit der gesamten augusteischen Strafgesetzgebung.
 Dem ist entgegenzuhalten, daß die Aufzählung einzelner Gesetze in der genannten Stelle nur willkürlich gewählte Beispiele enthält, unter denen sich auch Gesetze anderer (Cornelius Sulla, Pompeius) finden.
- 12) Girard, ZStSt. 34, S. 321, Anm. 1.
- 13) Mommsen, Strafrecht, S. 852, Anm. 1 (ohne Begründung).

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL V

- 1) Die folgende Untersuchung beschränkt sich bewußt auf die Darstellung der Grundzüge des Gesetzes. Alles weitere bleibt einer demnächst erscheinenden Münchner Dissertation über die lex Iulia de vi vorbehalten. Für die vorliegende Arbeit waren damit nur zwei Fragen eingehender zu beantworten:
 In welchem Verhältnis steht die Gesetzgebung de vi zu den leges Iuliae iudiciorum publicorum et privatorum?
 und: Welche Verfahrensbestimmungen sind überliefert?

- 2) Für Zweizahl und Identität mit den *leges Iuliae iudiciorum* entscheiden sich: Mommsen, Strafrecht, S. 128. S. 129, S. 655 und, ihm z. T. nur mit Bedenken und Einschränkungen folgend, Ferrini, Diritto pen., S. 372; Rotondi, Leg. publ., S. 450; Brasiello, Repress. pen., S. 78, Anm. 57, S. 92, Anm. 92.
- Dagegen: Karlowa, Röm. RGesch., Bd. I, S. 620; Voigt, Röm. RGesch., Bd. I, S. 180, Anm. 19; Girard, ZSSt. 34, S. 322 ff, ihm folgend Coroi, Violence, S. 129 ff; Kunkel, RE XXIV, S. 771.
- Unentschieden: Niedermeyer, Studi Bonf. II, S. 401, Anm. 67; Pugliese, Appunti sui limiti dell' "imperium" nella repressione penale, S. 69, Anm. 113, der eher zur Bejahung der Urheberschaft Caesars neigt.
- Zu den in der alt. Lit. vertretenen Meinungen vgl. Rein, Criminalrecht, S. 742.
- Zu den schwierigen Fragen, die sich in diesem Zusammenhang an die Erwähnung der *appellatio* (*provocatio*) *ad populum* in Paul. Sent., V, 26, 1 knüpfen, siehe Pugliese, Appunti . . . , S. 62 ff; unergiebig: Bellen, Appellation, ZSSt. 79, S. 155, Anm. 58.
- 3) Macer, Dig. XLVIII, 2, 11, 1 (Das Recht zur *accusatio* wird verweigert): *Liberi libertique non sunt prohibendi suarum rerum defendendarum gratia de facto parentum patronorumve queri, veluti si dicant vi se a possessione ab his expulsos, scilicet non ut crimen vis eis intendant, sed ut possessionem recipiant.*
- 4) Paul., Dig. XLVIII, 2, 3, 4 (Erneuerung der Anklage): *Si accusator decesserit aliave quae causa ei impedierit, quo minus accusare possit . . . : idque et lege Iulia de vi et senatus consulto cautum est, ita ut liceat alii ex integro repetere reum. . . .*
- 5) Ven. Sat., Dig. XLVIII, 2, 12, 4 (SKlaven können nicht mit der *lex Iulia de vi privata* verfolgt werden): *Omnibus autem legibus servi rei fiunt excepta lege Iulia de vi privata, quia ea lege damnati partis tertiae bonorum publicatione puniuntur, quae poena in servum non cadit.*
- 6) Pap., Dig. I, 21, , 1, pr. (Übertragung der *exercitio publici iudicii*): *. . . huius rei fortissimum argumentum, quod lege Iulia de vi nominatim cavetur, ut is, cui optigerit exercitio, possit eam si proficiscatur mandare. . . .*

- 7) Callistr., Dig. XXII, 5, 3, 5 = Coll. IX, 2, 2 (Zeugnis): Lege Iulia de vi cavetur, ne hac lege in reum testimonium dicere liceret, qui se ab eo parente eius liberaverit, quive impuberes erunt, quique iudicio publico damnatus erit ... etc.
Pap., Dig. XXII, 5, 13: Quaesitum scio, an in publicis iudiciis calumniae damnati testimonium iudicio publico perhibere possunt. sed neque Remmia prohibentur et Iulia lex de vi repetendarum et peculatus eos homines testimonium dicere non vetuerunt.
- 8) Ulp., 6 ad ed., Dig. XLVIII, 19, 32: Si praeses vel iudex ita interlocutus sit 'vim fecisti', si quidem ex interdicto, non erit notatus nec poena legis Iuliae sequetur; si vero ex crimine, aliud est. quid si non distinxerit praeses, utrum Iulia publicorum an Iulia privatorum? tunc ex crimine erit aestimandum, sed si utriusque legis crimina obiecta sunt, mitior lex, < id est privatorum > erit sequenda (◀ glossa Kr.); und: Ulp., 69 ad ed., Dig. XLIII, 16, 1, 2: Ne quid autem per vim admittatur, etiam legibus Iuliis prospicitur publicorum et privatorum nec non constitutionibus principum.
- 9) Vgl. zum folgenden die Beweisführung Girards (wie Anm. 1) gegen Mommsen.
- 10) So schon: Wlassak, Prozeßges. I, S. 182, Anm. 16; Girard, ZSST. 34, S. 326, Anm. 3.
- 11) Bas. LX, 51, 29 (lat.): Ulp. De vi ex interdictio damnatus neque infamis fit, nec legi Iuliae subicitur. At si eodem tempore aliquo et de vi publica, et de vi privata accusato iudex simpliciter pronunciaverit, vim eum fecisse, legi de vi privata subiecisse eum videtur; für Ulp., Dig. XLIII, 16, 1, 2 vgl. ferner Dorotheus-Index in Bas., Heimb., Bd. V, S. 573.
- 12) Vgl. Paul. Sent., V, 26, 3 einerseits und Paul. Sent. II, 26, 14 andererseits.
- 13) Ulp., Dig. XLVIII, 6, 10, 2; Paul. Sent. V, 26, 1.
- 14) Marc., Dig. XLVIII, 7, 1, pr.; Paul. Sent. V, 26, 3.
- 15) Ulp., Dig. XLVIII, 6, 7; Paul. Sent. V, 26, 1.
- 16) Vgl. Dig. XLVIII, 6, 1-5 und Paul. Sent. V, 26, 3.

- 17) Kunkel, RE XXIV, S. 772.
- 18) Zum Begriff der vis: Niedermeyer, Studi Bonf. II, S. 412 ff.

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL VI

- 1) Inst. IV, 18, 3: Publica iudicia autem sunt haec ...
Lex Iulia maiestatis, quae in eos, qui contra imperatorem vel rem publicam aliquid moliti sunt, suum vigorem extendit.
- 2) Dig. XLVIII, 4: "Ad legem Iuliam maiestatis";
vgl. ferner: Cod. IX, 8; Cod. Th. IX, 5.
- 3) Marc., Dig. XLVIII, 4, 3, 1; vgl. ferner die Aufzählung in Dig. XLVIII, 4, 1, 1 und in Paul. Sent. V, 29, 1.
- 4) Vgl. Gardthausen, Augustus und seine Zeit, I, S. 911 ob der Princeps als solcher im Gesetz genannt wurde, bleibt zweifelhaft.
- 5) Cic., Phil., 1, 9, 23: legibus Caesaris quae iubent ei ... qui maiestatis damnatus sit, aqua et igni interdicti;
s. aber auch Anm. 11).
- 6) Mommsen, Strafrecht, S. 541, Anm. 2.
- 7) Mommsen, Strafrecht, S. 541, 582, 583.
- 8) Cic., Phil., 1, 9, 23 -s. Anm. 5.)-einerseits und
Paul. Sent. V, 29, 1 andererseits: Lex Iulia maiestatis tenetur is, ...
His antea in perpetuum aqua et igni interdicebantur.
- 9) Girard, ZSSr. 34, S. 321, Anm. 1.
- 10) So die überwiegende Meinung: Rotondi, Leg. publ., S. 453, S. 422;
Haenel, Corp. leg., S. 16; Levy, Kapitalstrafe, S. 35; Kübler, RE XIV, 1,
S. 24.
- 11) Vgl. Kunkel, RE XXIV, S. 748, 749 und 772.

- 12) Mit dieser, hier abgelehnten Begründung entscheidet sich ein großer Teil der älteren Literatur für Caesar als Autor. Nachweise bei Kübler, RE XIV, 1, S. 24.
Gleicher Ansicht, aus dem Gedanken, daß sich Augustus gehütet haben mag, sich durch ein neues Gesetz zum Zweck der Betonung der kaiserlichen Majestät zu kompromittieren; Bleicken, Senatsgericht und Kaisergericht, S. 28, Anm. 2.
- 13) Vgl. Rotondi, Leg. publ., S. 360.
- 14) Tac., Ann., I, 72: Legem maiestatis reduxerat ... Facta arguebantur, dicta impune erant. Primus Augustus cognitionem de famosis libellis, specie legis eius, tractavit... mox Tiberius, consultante Pompeio Macro, praetore, an iudicia maiestatis redderentur? exercendas leges esse respondit.
Zu der nicht endgültig zu klärenden Frage, ob nicht die Ahndung von Schmähschriften nur als eine von Augustus vorgenommene Ausdehnung der Maiestas-Tatbestände des julischen Repetundengesetzes Caesars zu verstehen sei, vgl. Kunkel, Quaestio, RE XXIV, S. 748 unten.
- 15) Vgl. Anm. 10.
- 16) Vgl. die Zusammenstellung der Quellen nach diesem Schema bei Kübler, RE XIV, 1, S. 25.
- 17) Vergl. Anm. 14 und Tac., Ann., IV, 34: neque haec (Schmähschriften) in principem aut principis parentem, quod lex maiestatis amplectitur.
- 18) Zur Rekonstruktion des Gesetzeswortlautes vgl. J. D. Cloud, ZSt. 80.
- 19) Tac., Ann., IV, 20, 2: Contra M'. Lepidus quartam accusatoribus secundum necessitudinem legis ... concessit.
- 20) Ulp., Dig. XLVIII, 4, 1, 1: cuius opera consilio malo consilium initum erit, quo quis magistratus populi Romani quive imperium potestatemve habet, occidatur.
Quintilian V, 8, 39: iniuriam fecisti, sed quia magistratui, maiestatis actio est.
Dagegen glaubt Klostermann. Die Majestätsprozesse unter Tiberius, Hist. IV, S. 77, die Person des Princeps sei im Gesetz besonders geschützt und hervorgehoben worden.

- 21) Tac. , Ann. , III, 24: (Augustus) adulteros earum morte aut fuga punivit, nam culpam inter viros ac feminas vulgatam gravi nomine laesarum religionum ac violatae maiestatis appellando clementiam maiorum suasque ipse leges egrediebatur.

- 22) Zu der Problematik dieses Verfahrens s. Bleicken, Senatsgericht und Kaisergericht, S. 33, 34, der die Frage aufwirft, ob nicht Tacitus nur deshalb von der violata maiestas spreche, weil er den Sachverhalt des gleichzeitig wegen Strebens nach der *Μοραγξία* belangten Julius Antonius (Cass. Dio LV, 10, 12-16) unterschlagen haben könne.

- 23) Ulp. , Dig. XLVIII, 4, 1, pr. : proximum sacrilegio crimen est, quod maiestatis dicitur.

- 24) Ven. Sat. , Dig. XLVIII, 4, 6.

- 25) Zur hier nicht weiter verfolgbaren Frage nach Ursprung und Entwicklung dieser Gerichte vgl. Bleicken, Senatsgericht und Kaisergericht; ferner: Bellen, Zur Appellation vom Senat an den Kaiser, ZSt. 79, S. 143 ff und Jones, Imperial and Senatorial Jurisdiction in the Early Principate, Hist. III, S. 464 (479 ff).

- 26) Sueton, Aug. , 51: Clementiae civilitatisque eius multa et magna documenta sunt. . . Iunium Novatum et Cassium Patavinum e plebe homines alterum pecunia, alterum levi exilio punire satis habuit, cum ille Agrippae iuvenis nomine asperrimam de se epistulam in vulgus edidisset, hic convivio pleno proclamasset neque votum sibi neque animum deesse confodiendi eum.

- 27) Tac. , Ann. , III, 50: Bonis amissis aqua et igni arceatur. Quod perinde censeo, ac si lege maiestatis teneretur.
Zur Frage der Fortgeltung und weiteren Entwicklung der lex Iulia maiestatis vgl. Klostermann, Die Majestätsprozesse unter Tiberius, Hist. IV, S. 72.

- 28) Sueton, Tib. , 58; 61; Tac. , Ann. , VI, 18; 19; Paul. Sent. V. 29, 1: . . . nunc vero humilioribus bestiis obiciuntur vel vivi exuruntur, honestiores capite puniuntur.

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL VII

- 1) Vgl. zum materiellen Teil des Ges.: Dig. XLVIII, 13, bes. lex 1, die wohl annähernd wörtlich dem Ges. entstammt, sowie leg. 2; 4, pr.; 5, pr.
- 2) Es sprengte den Rahmen dieser Untersuchung, wollte man die Geschichte der Tatbestände aufzeigen. Man darf vermuten, daß bereits Sulla eine quaestio vorfand. Vgl. zu allem: Brecht, RE Suppl. VII, S. 818 ff. insbes. S. 826, 828; Mommsen, Röm. Forschungen II, S. 448; ders., Strafrecht, S. 761 ff; Kunkel, RE XXIV, 745.
- 3) Cuq, bei Daremberg-Saglio, Bd. IV, 1, S. 365; Rein, Criminalrecht, S. 674; Brecht, RE, Suppl. VII, S. 824, 828.
- 4) a) für Caesar: Mommsen, Strafrecht, S. 762, Anm. 1;
 b) für Augustus: Rotondi, Leg. publ., S. 454; Girard, ZSSSt. 34, S. 321, Anm. 1; Kunkel, RE XXIV, S. 773.
- 5) Gegen Mommsen, Strafrecht, S. 762, Anm. 1.
- 6) Rotondi, Leg. publ., S. 454 unter Berufung auf Mommsen, "Histoire de la Monnaie, III, 37 ~~no~~ 13".
- 7) Mommsen, Münzwesen, S. 750.
- 8) Mommsen, Münzwesen, S. 755, Anm. 49.
- 9) Huvelin, Furtum I, S. 576, Anm. 5 u. 6.
- 10) Paul., Dig. XLVIII, 13, 11, 6: Eum, qui pecuniam publicam in usus aliquos retinuerit nec erogaverit, hac lege teneri Labeo libro trigensimo octavo posteriorum scripsit.
- 11) Marc., Dig. XLVIII, 13, 5, 1: Sed et qui publicam pecuniam in usu aliquo acceptam retinuerit nec erogaverit, hac lege tenetur.
- 12) Vgl. Jörs-Kunkel-Wenger, § 18, 2.
- 13) Rotondi, Leg. publ., S. 453, 454; Haenel, Corp. Leg., S. 16.

- 14) Dig. XLVIII, 13: Ad legem Iuliam peculatus et de sacrilegis et de residuis.

- 15) Es ist h. M., daß peculatus und sacrilegium zwar nicht identisch waren, jedoch im julischen Gesetz gleichbehandelt wurden, vgl.: Brecht, RE, Suppl. VII, S. 824, S. 828; Pfaff, RE I A 2, S. 1678; Mommsen, Strafrecht, S. 760; Rein, Criminalrecht, S. 692. Ob beides auch zu einem Deliktsbegriff zusammengefaßt wurde, ist zweifelhaft und dürfte zu verneinen sein. Man war sich der Unterschiedlichkeit beider Tatbestände wohl stets bewußt, wie sich noch aus der Trennung der Delikte in Cod. IX, 28 und 29 schließen läßt. Überdies muß man beachten, daß der einschlägige Digestentitel XLVIII, 13 nie vom Tempelraub schlechthin, sondern nur von der Aneignung von Geld spricht, es also sehr zweifelhaft erscheint, daß auch die Aneignung von Kultgegenständen unter das Gesetz fiel (gegen Mommsen, Strafrecht, S. 762).

- 16) Marc., Dig. XLVIII, 13, 4, pr.: Lege Iulia peculatus tenetur, qui pecuniam sacram religiosam abstulerit interceperit.
 Paul., Dig. XLVIII, 13, 11, 2: Labeo libro trigensimo octavo posteriorum peculatum definit pecuniae publicae aut sacrae furtum.

- 17) Paul., Dig. XLVIII, 13, 2: Lege Iulia de residuis tenetur, qui publicam pecuniam delegatam in usum aliquem retinuit neque in eum consumpsit.
 Marc., Dig. XLVIII, 13, 5, pr.: Lege Iulia de residuis tenetur is, apud quem ex locatione, emptione, alimentaria ratione, ex pecunia quam accepit aliave qua causa pecunia publica resedit.
 Paul., Dig. XLVIII, 13, 11, 6 a. E.: sed eam quoque lex Iulia residuorum post annum residuam esse iussit.

Ferner die gesonderte Aufführung der lex peculatus einerseits und der lex de residuis anderseits in:
 Inst. IV, 18, 9 und 11.

- 18) Mommsen, Strafrecht, S. 762, Anm. 1 u. 2 ("vielleicht verschiedene Gesetze"); Rotondi, leg. publ., S. 454; Brecht, RE, Suppl. VII, S. 828, dessen Begründung, der praktisch wichtige Fall der Restgelder sei vielleicht beim Erlaß des Peculatsgesetzes zuerst vergessen worden, die Arbeit des antiken Gesetzgebers unterschätzen dürfte.

- 19) Für Identität der Gesetzgebung: Girard, ZSt. 34, S. 321, Anm. 1; Ferrini, Diritto penale Romano, Encicl. giur. Ital. (1902), S. 414.

- 20) Paul., Dig. XLVIII, 13, 11, 2 = Anm. 16 einerseits; und Paul., Dig. XLVIII, 13, 11, 6 = Anm. 10.

- 21) Ulp. . Dig. XLVIII. 13. 3: peculatus poena aquae et ignis interdictionem; Paul. Sent. V, 27 (Ad legem Iul. pec.): Si quis fiscalem pecuniam attrectaverit, subripuerit, mutaverit [✱], seu in suos usus converterit, in quadruplum eius pecuniae, quam sustulit, condemnatur.
bezw. : [✱]mutuatus fuerit.
Mod. . Dig. XLVIII. 13. 15: Is, qui praedam ab hostibus captam subripuit, lege peculatus tenetur et in quadruplum damnatur.
Zur Frage des Nebeneinanders von Interdictio und Geldstrafe vgl. oben: Ulp. . Dig. XLVIII. 13. 3 und Paul. Sent. V, 27; und Mommsen, Strafrecht, S. 771.
Zur Frage der späteren Entwicklung der Strafen vgl. : Ulp. . Dig. XLVIII. 13. 3 (deportatio); Ulp. . Dig. XLVIII. 13, §. 1; Cod. X, 6; Paul. . Dig. XLVIII. 19. 38, pr. , und Brecht, RE. Suppl. VII. S. 831.
- 22) Marc. . Dig. XLVIII. 13. 5, 2: Qua lege damnatus amplius tertia parte quam debet punitur.
- 23) Paul. . Dig. XLVIII. 13. 11, 6; vgl. Ind. Itp. ad h. L. mit Lit. und Mommsen, Strafrecht, S. 765 oben.
- 24) Ulp. . Dig. XLVIII. 13. 1: ... neve faciat, quo quis auferat intercipiat vel in rem suam vertat.
- 25) Hermog. . Dig. XLIX. 14. 46, 9: Si multi fisco fraudem fecerint, non ut in actione furti singuli solidum, sed omnes semel quadrupli poenam pro virili portione debent, sane pro non idoneis qui sunt idonei conveniuntur.
- 26) Dazu Brecht, RE. Suppl. VII. S. 829 mit Lit. , sowie Gazetti. Aerarium e Fiscus sotto Augusto, Athenaeum Bd. 31 (1953).
- 27) Mod. . Dig. XLVIII. 2. 20 bes. a. E. : ex ceteris vero delictis poena incipere ab herede ita denum potest, si vivo reo accusatio nota est. licet non fuit condemnatio secuta.
- 28) Pap. . Dig. XLVIII. 13. 16: Publica iudicia peculatus et de residuis et repetundarum similiter adversus heredem exercentur. nec immerito, cum in his quaestio principalis ablatae pecuniae moveatur.

- 29) Die Angriffe Cuius in Daremberg-Saglio, IV, 1 gegen diese Meinung, die von Mommsen, Strafrecht, S. 772 und - diesem folgend - von Brecht, RE, Suppl. VII, S. 830 a. E. vertreten wird, übersehen die Papinianstelle.
- 30) Stadtrecht von Malaca, Kap. 67, Riccobono, Leges, S. 218.
- 31) Dafür in den Fällen der Erben des Cn. Pompeius Strabo und des Sulla: Mommsen, Strafrecht, S. 772; dagegen Brecht, RE, Suppl. VII, S. 830 a. E.
- 32) Ven. Sat., Dig. XLVIII, 13, 9: Peculatus crimen ante quinquennium admissum obici non oportet.
- 33) Scaevola, Dig. XLVIII, 11, 2: Datur ex hac lege (Iulia rep.) et in heredes actio intra annum dumtaxat a morte eius qui arguebatur.
- 34) Dafür: Rein, Criminalrecht, S. 679.
- 35) Pap., Dig. XXII, 5, 13: Quaesitum scio, an in publicis iudiciis calumniae damnati testimonium iudicio publico perhibere possunt. sed neque lege Remmia prohibentur et Iulia lex de vi et repetundarum et peculatus eos homines testimonium dicere non vetuerunt.

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL VIII

- 1) Florus, 2, 16 a. E.: Caesar percussoribus patris contentus fuit ideo ne, si inulta fuisset, etiam iusta eius caedes haberetur.
- 2) Dazu ausführlich Kunkel, Kriminalverfahren, S. 128; vgl. ferner Anm. 5.
- 3) So: Sueton, Nero, 3, und Galba, 3; ferner Velleius, Hist. Rom., 2, 69: lege Pedia, quam consul Peditus collega Caesaris tulerat ...
Zur lex Pedia vgl. Kunkel, Kriminalverfahren, S. 128; Rotondi, Leg. publ., S. 435; Syme, The Roman Revolution, S. 187; Weiss, RE XII, S. 2401.
- 4) Vgl. Dio Cass., XLVI, 48, 49: καὶ ἵνα γε μὴ βιάίως, ἀλλ' ἐν δίκῃ πᾶσι ποιῶν αὐτὸ δόξῃ, νόμον τέ τινα περὶ τῆς κρείσσεως αὐτῶν ἐσήνεγκε καὶ δικαστήρια καὶ ἀποδοῖ σφίσιν ἐκάθισεν...

- 5) Mon. Anc. , I, 10: qui parentem meum occiderunt, eos in exilium expuli iudiciis legitimis ultus eorum facinus; vgl. zu dieser Stelle: Kunkel, Kriminalverfahren, S. 128, Anm. 464.
- 6) Plutarch, Brut. , 27: ... ὡς ἄνδρα πρῶτον ἐν ἀρχαῖς ταῖς μεγίσταις ἀνηρηκότων ἀκρίτων.
- 7) Velleius 2, 69, 5 (Anm. 8) und Plutarch, Brut. , 27 (Anm. 6).
- 8) Velleius, 2, 69, 5: omnibus, qui Caesarem patrem interfecerant, aqua ignique damnatis interdictum erat.
- 9) Levy, Kapitalstrafe, S. 32, Anm. 6; gl. Ans. Rotondi, Leg. publ. , S. 435.
- 10) Mommsen, Strafrecht, S. 199, Anm. 3.
- 11) Nach Mommsen, Strafrecht, S. 203, (zweifelhaft).
- 12) Zwölftafeln, IX, 1 (nach Cic. , de leg. , 3, 4, 11).
- 13) Mommsen, Strafrecht, S. 196, Anm. 4 und Staatsrecht, III, 1, S. 336 mit weiteren Nachweisen.
- 14) Vgl. Mommsen, Strafrecht, S. 197.
- 15) Cic. , De deor. nat. , 3, 30, 74; Val. Max. , 6, 8, 1: "rogatio Pducea de incestu".
- 16) Cic. , wie Anm. 15.
- 17) Asconius. In Mil. , S. 31 ff: de vi, qua nominatim caedem in Appia via factam et incendium curiae et domum M. Lepidi interregis oppugnatam comprehendit.
- 18) Mommsen, Strafrecht, S. 199.
- 19) Sueton, Aug. , 10: Brutum Cassiumque ... legibus adgredi reosque caedis absentis deferre statuit.

ANMERKUNGEN ZU KAPITEL IX

- 1) Dio Cass., LIV, 3, 2 ff: Μάρκου τὲ τινος Πρίμου αἰτίαν ἔχοντος ὅτι τῆς Μακεδονίας ἀρχῶν Ὀδρυσῶν ἐπολέμησε...
Der Fall war in der späteren lex Iulia de maiestate ausdrücklich hervorgehoben.
Paul. Sent. V, 29, 1: lege Iulia maiestatis tenetur is, ... quive iniussu imperatoris bellum gesserit;
desgl. in Marc., Dig. XLVIII, 4, 3, 1.
- 2) G. Vrind, De Cassii Dionis voc., S. 77.
- 3) Volkmann, Zur Rechtsprechung im Principat des Augustus, S. 54; Ritterling, RE XII, S. 1219.
- 4) Volkmann, Rechtsprechung, S. 55; ähnlich Jones, Imperial and Senatorial Jurisdiction, Hist. III, S. 464 (479 ff); Atkinson, The Trials of M. Primus and Varro Murena, Hist. IX, S. 440 (450), vermutet sogar, daß Augustus damit eine Entwicklung anbahnte, die sich dann unter Tiberius fortsetzte (Tac., Ann., I, 75), nämlich daß der Princeps an Gerichtssitzungen teilnahm.
- 5) Seneca, Ep. morales, Lib. X, Ep. 3 (83), 14: Officium tamen suum ... diligentissime administravit, huic et divus Augustus dedit secreta mandata, cum illum praeponeret Thraciae, quam perdomuit.
- 6) Dio Cass., LIV, 3, 6: ὥς δ' οὖν καὶ τούτους τῶν δικαζόντων τινὲς ἀτέλουν.
Über die Gründe, die die Richter an der Schuld zweifeln lassen konnten vgl. Atkinson, Hist. IX, S. 450.
- 7) So Dio Cass., LIV, 3, 2 ff.
- 8) So die h. M.; vgl. Volkmann, Rechtsprechung, S. 53; Drumann-Groebe, IV, S. 206, Anm. 7; auch Rotondi, Leg. publ., S. 442 räumt früheren Zeitpunkt als 22 v. Chr. ein. Desgl. Atkinson, Hist. IX, S. 440, Anm. 4, mit weiteren Nachweisen.
- 9) Velleius, 2, 91, 2.

- 10) Dio Cass., LIV, 3, 4 ff.
- 11) CIL, Vol. 1, Pars 1, S. 28.
- 12) Volkmann, Rechtsprechung, S. 51, Anm. 2; Münzer, RE XIII, 1, S. 449, Nr. 123 a. E.; eingehend Atkinson, Hist. IX, S. 471.
- 13) Sueton, Tib., 8; Fannium Caepionem, qui cum Varrone Murena in Augustum conspiraverat, reum maiestatis apud iudices fecit et condemnavit.
- 14) Dio Cass., LIV, 3, 5: ἐξήμην ὥς καὶ φευξόμενοι ἤλωσαν, ἀπεσφάγησαν δὲ οὐ πολλῶ ὕστερον.
- 15) Mommsen, Strafrecht, S. 334, Anm. 3; vgl. zur Strafe ferner Levy, Kapi-
talstrafe, S. 35 und Volkmann, Rechtsprechung, S. 57.
- 16) Macrobius, Sat. I, 11, 21.
- 17) Strabo, XIV, 5, 4.
- 18) Velleius, 2, 91, 2; ... cum inissent occidendi Caesaris consilia, oppressi
auctoritate publica, quod vi facere voluerunt, iure passi sunt.
- 19) Dio Cass., LIV, 3, 6: ἐνομοθέτησε μήτε κρύφα τὰς
ψήφους ἐν ταῖς ἐξήμοις δίκαις φέρεσθαι.

Vgl. in diesem Zusammenhang zur Art der Stimmabgabe in Prozessen unter Augustus allgemein die Stelle Sueton, Aug., 33 (jeder Richter erhielt grundsätzlich eine auf Freispruch und eine auf Verurteilung lautende Stimmtafel): et cum de falso testamento ageretur omnesque signatores lege Cornelia tenerentur, non tantum duas tabellas, damnatoriam et absolutoriam, simul cognoscentibus dedit, sed tertiam quoque, qua ignosceretur iis, quos fraude ad signandum vel inductos constitisset.

- 20) Rotondi, Leg. publ., S. 442.
- 21) A. Ans. Rotondi, wie Anm. 20; dagegen: Mommsen, Strafrecht, S. 334, Anm. 3.
- 22) Zumpt, Criminalprozeß, S. 427.

23) Dio Cass. , LIV, 3, 6 a. E. : καὶ ὅτι γε ταῦτ' οὐχ ὑπ' ὀργῆς
ἀλλ' ὥς καὶ συμφύροντα τῷ δημοσίῳ, διέταξεν,
ἰσχυρῶς διέδειξε.

24) Dio Cass. , LIV, 3, 7 a. E.

LITERATURVERZEICHNIS

I. Sekundärliteratur

- Atkinson, Kathleen M. T. , Constitutional and Legal Aspects of the Trials of Marcus Primus and Varro Murena, *Historia* IX, S. 440.
- Bellen, Heinz, Zur Appellation vom Senat an den Kaiser, *ZSt.* 79, S. 143.
- Berger, A. , Lex Iulia de ambitu, *RE* XII, 2, S. 2365.
- Bleicken, Jochen, *Senatsgericht und Kaisergericht*, Göttingen 1962
- Brecht, Christoph, *Peculatus*, *RE Suppl.* VII, S. 818.
- Chilver, G. E. F. , Augustus and the Roman Constitution 1939-1950, *Historia* I, S. 408.
- Cloud, J. D. , The text of Digest XLVIII, 4; *Ad Legem Iuliam Maiestatis*, *ZSt.* 80, 1963.
- Coroï, Jean, *La Violence en Droit Criminel Romain*, Paris 1915
- Corsanego, Camillo, *La Repressione Romana dell' Adulterio*, Roma 1936.
- Cuq, Edouard, *Peculatus*, in *Daremborg-Saglio* IV, 1, S. 365.
- De Dominicis, A. M. , Intorno al carattere post-classico della l. 7 § 2 Dig. ad legem Iuliam maiestatis XLVIII, 4, Venezia 1933.
- Drumann-Groebe, *Geschichte Roms*, Teil IV, Leipzig 1908.
- Ferrini, C. , *Diritto penale Romano*, in *Enciclopedia giuridica Italiana*, Milano 1902.
- Gardthausen, V. , *Augustus und seine Zeit*, Teil I, Leipzig 1891.
- Gazetti, Albino, *Aerarium e Fiscus sotto Augusto; storia di una questione in parte di nomi*, *Athenaeum*, Bd. 31 (1953).
- Girard, Paul Frederic. *Les leges Iulia iudiciorum publicorum et privatorum*, *ZSt.* 34, S. 295.
- Girard-Senn, *Manuel elementaire de droit romain*, 8. Aufl. 1929, Paris.

- Groebe, Iulius Caesar, RE X, 1, S. 186.
- Haenel, D. Gustavus, Corpus legum ab imperatoribus romanis ante Iustinianum latarum, quae extra constitutionum codices supersunt, Lipsiae MDCCCLVII.
- Hartmann-Ubbelohde, Der Ordo Iudiciorum und die Iudicia extraordinaria der Römer, Teil I: Über die römische Gerichtsverfassung, Göttingen 1886.
- Huvelin, Paul, Etudes sur le Furtum dans le Très Ancien Droit Romain, I, Les Sources, Lyon et Paris 1915.
- Jörs-Kunkel-Wenger, Römisches Privatrecht, 3. Aufl. 1949, Berlin Göttingen Heidelberg.
- Jones, A. H. M., Imperial and Senatorial Jurisdiction in the Early Principate, Historia III, S. 464.
- Klostermann, Erich, Die Majestätsprozesse unter Tiberius, Historia IV, S. 72.
- Kübler, B., Maiestas, RE XIV, 1, S. 24 (Ausg. 1928: S. 542). Equites Romani, RE VI, 1, S. 274.
- Kunkel, Wolfgang, Untersuchungen zur Entwicklung des römischen Kriminalverfahrens in vorsullanischer Zeit, München 1962
Quaestio, RE XXIV, S. 719.
- Lenel, Otto, Palingenesia iuris civilis, Bd. I, II, Leipzig 1889.
- Lengle, Josef, Die Auswahl der Richter im römischen Quaestionenprozeß, ZSt. 53, S. 275.
- Levy, Ernst, Die römische Kapitalstrafe, Heidelberg 1931.
- Mommsen, Theodor, Geschichte des römischen Münzwesens, Berlin 1860.
Römische Forschungen, Teil I, II, 1864, 1879.
Römisches Staatsrecht,
Teile I, II 1, II 2, 3. Aufl. 1887, Teil III 1, 1887,
Teil III 2, 1888, sämtl. Leipzig.
Römisches Strafrecht, Leipzig 1899.

- Münzer, Fr., Licinius (Murena), RE XIII, 1, S. 443.
- Nesselhauf, Erich, Die Germanicus-Inschrift von Magliano, Historia I, S. 105.
- Niedermeyer, Hans Crimen plagii und crimen violentiae: zur Geschichte juristischer Begriffe, Studi Bonfante II, S. 381, Milano 1930.
- Pfaff, I., Sacrilegium, RE I A 2, S. 1678.
- v. Premerstein, Anton, Die fünf neugefundenen Edikte des Augustus aus Kyrene, ZSSt. 48, S. 419.
- Pugliese, Giovanni, Appunti sui limiti dell' "imperium" nella repressione penale. Turino 1939.
- Rein, Wilhelm, Das Criminalrecht der Römer von Romulus bis auf Justinianus, Leipzig 1844.
- Ritterling, Legio, RE XII, S. 1211.
- Rotondi, Giovanni, Leges publicae populi Romani, Milano 1912.
- Rudorff, Adolf Friedrich, Römische Rechtsgeschichte, Bd. I, Leipzig 1857.
- Salmon, E. T., The Evolution of Augustus' Principate, Historia V, S. 456.
- Sehling, E., Das Strafsystem der lex Iulia de adulteriis, ZSSt. 4, S. 160.
- Siber, Heinrich, Römisches Verfassungsrecht in geschichtlicher Entwicklung, Lahr 1952.
- Stein, Arthur, Der römische Ritterstand, München 1921.
- Steinwenter, A., Iudex, RE IX, 2, S. 2464.
- Strachman-Davidson, J. L., Problems of the Roman Criminal Law 2 Bde, Oxford 1912.
- Stroux, Johannes und Die Augustus-Inschrift auf dem
Wenger, Leopold, Marktplatz von Kyrene, München 1928.
- Voigt, Moritz, Über die leges Iuliae iudiciorum privatorum und publicorum, Leipzig 1893.

- Volkman, Hans Zur Rechtsprechung im Principat des Augustus,
München 1935.
- Vrind, Gerhard, De Cassii Dionis Vocabulis quae ad Ius Publicum
Pertinent, Haag 1923.
- Weiss, E. , Leges Iuliae, RE XII, 2, S. 2362.

Lex Pedia, RE XII, S. 2401.
- Welsch, Otto, Die Bestrafung des Ehebruchs nach römischem, cano-
nischem und älterem deutschen Recht, Heidelberg
1908.
- Wlassak, Moritz, Römische Prozeßgesetze, Leipzig 1888.

Anklage und Streitbefestigung im Kriminalrecht der
Römer, Wien 1917.
- Zumpt, A. W. , Das Criminalrecht der römischen Republik, Teil II,
Berlin 1868.

Criminalprozeß der römischen Republik, Leipzig
1871.

Zeitschriften und Sammelwerke

- Athenaeum, Studi Periodici di Letteratura e Storia dell' Antichità, Pavia
- Historia, Zeitschrift für alte Geschichte, früher Baden-Baden, jetzt Wiesbaden.
- Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, romanistische Abteilung,
Weimar ab 1880, (= ZSSt.).
- Daremberg-Saglio, Dictionnaire des Antiquités Grecques et Romaines, Paris ab
1877.
- Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaften, herausgegeben von
Paul-Wissowa-Kroll, (= RE).

II. Quellenwerke

Auf die genaue Angabe der für die Quellenzitate benutzten Ausgaben wird an dieser Stelle wie üblich verzichtet. Aufgrund der allerorten gleichartigen Zitierweise läßt sich jede einschlägige Ausgabe der betreffenden antiken Schriftsteller und Gesetze zu Rate ziehen. Nur in den seltenen Fällen, wo verschieden Lesarten einer Quellenstelle möglich scheinen, ist die benutzte Ausgabe an Ort und Stelle angegeben.

L E B E N S L A U F

Am 23. Januar 1937 wurde ich in Aurich/Ostfriesland als Sohn des Kreisamtmanns Waldemar Ziegler und seiner Ehefrau Meta geboren.

Von 1943 bis 1948 besuchte ich die Volksschule in Bromberg/Westpreußen und Aurich, von 1948 bis 1957 das humanistische Gymnasium in Aurich und St. Gallen.

Die Reifeprüfung legte ich 1957 am Institut auf dem Rosenberg, St. Gallen, ab. Anschließend studierte ich in Freiburg im Breisgau - drei Semester - und München - fünf Semester - Rechtswissenschaft. Die erste juristische Staatsprüfung legte ich im August 1961 an der Universität München ab. Seit Januar 1962 befinde ich mich als Referendar im juristischen Vorbereitungsdienst des Freistaates Bayern.

